Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614. 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Zentrum 1902. 3248. 3394. 7848. 7308. 7338. 7377. 7592. 7600.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 411. Dienstag, 26. August 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Das politische Testament des Erzherzogs.

Der Abschiedserlaß.

Meldung des Ungar. Tel. Korr.-Bureaus.

Budapest, 24. August.

Erzherzog Joseph hat folgende Proklamation an das Ungarische Volk erlassen:

In den verhängnisvollen Stunden der schwersten Krise übernahm ich auf Aufforderung die Leitung meines geliebten Vaterlandes. Hierzu hat mich bloß das Bewußtsein ermuntert, daß ich vielleicht jenen helfen kann, die mit den innigsten Banden an mein Herz gekettet sind, meinen geliebten Mitbürgern. Es hat mich bloß die Absicht geleitet, sie aus den Leiden heraus zu führen an die Schwelle einer besseren Zukunft. Nun ich sehe, daß unser Vaterland im Aufstieg aus dem Niedergang begriffen ist und die Vorbereitung der Wahlen ohne Hindernis in Gang kommen kann, dergestalt, daß die Nation wirklich auf ihren eigenen Willen ihre Zukunft gründen kann, erachte ich meine Tätigkeit als beendigt und lege die Vermesermacht in die Hände der Nation zurück. Meine Person soll kein Hindernis dafür sein, daß unsere bisherigen Feinde zu unseren Freunden werden und uns mit den zur Entwicklung unseres Volkes notwendigen Mitteln helfen. Ich trete von meinem Vermesserposten zurück, doch bleibe ich im guten wie im bösen auch weiterhin hier und stehe meinem ungarischen Vaterlande zu Diensten, für das ich lebe und sterbe mit unerschütterlicher Treue bis zum letzten Atemzug. Der Gott der Magyaren segne meine geliebte Nation und lasse unser Vaterland aufblühen.

Das Erbe des Reichsverwesers.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 25. August.

Die Ausführungen der französischen Presse lassen erkennen, daß die Anerkennung der Regierung des Erzherzogs Joseph unter einem doppelten Drucke bewegiert worden ist. Auf der einen Seite erklärten die Tschechoslowaken, die Jugoslawen und die Italiener, das Wiederauftauchen eines Habsburgers ließe die Gefahr der Wiederaufrichtung des alten Oesterreich-Ungarn in die Nähe rücken, wozu sie niemals die Hand reichen würden. Auf der anderen Seite verteten die Amerikaner, und vor allem Hoover, entschieden die Auffassung, daß nur eine, ehrliche demokratische Regierung aus allen Parteien den Frieden in Mitteleuropa sichern könne. Beides wirkte zusammen, um den Obersten Rat von der Unmöglichkeit zu überzeugen, mit der Regierung Erzherzogs Josephs in amtliche Beziehungen zu treten.

Der inzwischen eingetretene Erfolg der Rede wird aber von der Pariser Presse ziemlich zurückhaltend besprochen. Der Eindruck scheint der allem vorzuherrschen, daß mit der Beseitigung des Habsburgers die Schwierigkeiten keineswegs überwunden sind, daß namentlich keine Sicherheit darüber besteht, ob sich die ungarischen Sozialisten bereit finden werden, mit den Bürgerlichen zusammenzuarbeiten und so die Vorbedingung für eine tragfähige Regierung zu schaffen. Die sozialistischen Organe, wie der „Populaire", greifen überdies das Verfahren der Verbündeten, sich in die Angelegenheiten fremder Staaten einzumischen, lebhaft an. Der Oberste Rat der Verbündeten, schreibt das genannte Blatt, scheine es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Regierung Europas in die Hand zu nehmen; man wisse jedoch nicht, woher er die Befugnis dazu herleite. Er trete ganz einfach als Diktator auf und gegen diese Diktatur Stellung zu nehmen, sei Pflicht des Proletariats der ganzen Welt.

*

In der Tat erinnert das Auftreten der Verbandskonferenz ganz an die europäische Politik der heiligen Allianz nach 1815. Wie damals der Deutsche Bund, so krankt heute der Völkerbund an einer von vornherein unzulänglichen Verfassung, während seine siegreichen Siegelbewahrer nach dem Muster Metternichs bei allem Dreinreden in die inneren Verhältnisse der kleineren Staaten Europas, die nach neuen Einrichtungen ringen, über eine Politik der Halbheit und reaktionären Unterinfrieht nicht hinauskommen.

Rumäniens Anspruch auf das Banat.

R. Basel, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Pariser Hausbericht teilt „Echo de Paris" mit, daß das Bukarester Kabinett die von der Friedenskonferenz festgesetzte Teilung des Banats zurückgewiesen hat. Das Kabinett beabsichtigt, die allgemeine Mobilmachung anzuordnen.

Die Anhänger eines Donauzollbundes.

Prag, 25. August. Eine Abordnung der tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken befürwortete beim Finanzminister einen Zollbund der österreichisch-ungarischen Sukzessionsstaaten, da 80 Prozent aller Industrieerzeugnisse ausgeführt würden. Die Zollunion sei eine Existenzfrage unserer gesamten Industrie.

Italiens Bedrängnis — Schuld der Bundesgenossen.

Eigene Drahtmeldung.

to. Lugano, 25. August.

Staatsminister Luzzatti veröffentlicht im „Corriere della Sera" an leitender Stelle einen heftigen Angriff auf England und Frankreich. England, Frankreich und Italien befänden sich in schwieriger finanzieller Lage, jedoch werde sich England daraus retten, während Frankreich und Italien der Katastrophe anheimfallen würden. Was England heute unternehme, sei meuchlerische Ermordung des italienischen Kredits. Italien habe sich aber schon in früheren Geschichtsperioden in großen Finanznöten bis unten und sei seiner Unterschrift immer treu geblieben. Die Verbündeten, die gut daran täten, Italien etwas weniger zu loben und etwas mehr zu achten, würden es erleben, daß Italien auch jetzt unter schwersten Opfern seine Schuld bezahlen werde.

Einer römischen Telegrammung zufolge brachte der Nationalrat der italienischen Volkspartei eine Tagesordnung ein, in der er den Wiederspruch der Partei gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrages bestätigt.

Die italienische Regierung hat nach dem „Corriere della Sera" eine Erhöhung des Brotpreises beschlossen, die in drei Stufen vorgenommen werden soll, da bei den heutigen Getreidepreisen und Schiffsfrachten die staatliche Unterstützung zur Niedrighaltung des Brotpreises im Jahre 1920 die Höhe von 3½ Milliarden Lire erreichen würde. Die bisherige Getreideernte Italiens wird auf 43 Millionen Doppelzentner geschätzt, sie bleibt um 15 Millionen Doppelzentner unter dem Ertrag einer Mittelernte.

* * *

to. Lugano, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Mailänder Nachricht ist die Landesversammlung der sozialistischen Partei Italiens endgültig auf den 2. bis 28. September festgesetzt worden.

Der Beginn der deutschen Kohlenlieferungen.

Bericht über die diplomatische Lage.

Paris, 25. August.

Unter dem Vorsitz von Clemenceau hörte der Oberste Rat verschiedene Berichte über den österreichischen Vertrag an. Der Redaktionsausschuß hat am Sonntag seine Arbeiten beendet und wird heute den endgültigen Text unterbreiten können.

Der Rat nahm ferner eine Darstellung Loucheurs über die Kohlenfrage zur Kenntnis. Der Minister gab bekannt, daß die deutschen Lieferungen eingesetzt hätten, aber er verbarg nicht, daß die gelieferten Mengen hinter den erwarteten zurückblieben.

Ferner behandelte der Rat verschiedene innere Fragen der einzelnen Delegationen, insbesondere der italienischen. Es wurde beschlossen, obwohl Tittoni am 1. September zur Kammereröffnung nach Rom reist, die Sitzungen nicht zu unterbrechen.

Frankreichs eigener Vorteil.

Mahnung eines Franzosen zu Deutschlands Unterstützung.

Versailles, 25. August.

Der Sonderberichterstatter des „Matin" in Deutschland, Jules Sauerwein, zieht das Fazit aus den Unterhaltungen, die er in Weimar mit Ministern und Politikern hatte, und sagt, Frankreich Aufgabe müsse es sein, an dem Wiederaufbau Deutschlands mitzuhelfen, das Milderungen des Friedensvertrages zu erlangen suche. Um dies zu erreichen, werde Deutschland den Nachweis führen, daß es nicht imstande sei, seine Verpflichtungen restlos zu erfüllen. Die Mehrheit in Deutschland glaube, die Ansichts des Amerikaners Hoover, das festländische Europa mache eine Krise durch, aus der es nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Italien herauskommen könne, beruhe auf Wahrheit.

Der Sonderberichterstatter macht alsdann darauf aufmerksam, daß der angelsächsische Verbündete Frankreichs schon Beziehungen mit deutschen Industriellen angeknüpft habe und daraus Vorteile zu ziehen suche. Frankreich, das an der Seite Deutschlands leben müsse, habe die Verpflichtung, dabei auch ein Wort mitzureden, und es müsse seine Aufgabe sein, die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands produktiv zu gestalten und für die Festigung der demokratischen Regierung Sorge zu tragen. Jedes Ministerium in Deutschland müsse unterstützt werden, das durch die Tat beweise, daß es seine Absicht sei, die militaristischen Bestrebungen und den Revanchegedanken zu bekämpfen, und die ehrliche Absicht zeige, die Frankreich schuldige Wiedergutmachung an die Spitze seines Programms zu setzen. Um zu diesem Ziel zu gelangen, müsse Frankreich als diplomatische Vertreter fähige, der Sprache und des Landes kundige Leute nach Deutschland senden.

Die Reform des auswärtigen Dienstes.

Der neue Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten tritt Dienstag vormittag zum ersten Male im Auswärtigen Amte zusammen. In Abwesenheit Scheidemanns wird der Abgeordnete Haußmann den Vorsitz führen; weitere Sitzungen sind vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments nicht vorgesehen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

Die deutsche Gesandtschaft im Baltikum.

Die Nachricht, daß der jetzige Gesandte der deutschen Republik bei den Regierungen Lettlands und Estlands, Winnig, von dieser Stellung zurücktritt, wird uns von zuständiger Stelle bestätigt. Dagegen wird Herr Winnig seine Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar für Ost- und Westpreußen und als kommissarischer Oberpräsident der Provinz Ostpreußen weiter ausüben.

Sein Nachfolger als Gesandter wird, wie wir erfahren, in kürzester Zeit ernannt werden.

Kiew von Petljura genommen

Bern, 26. August. Nach hier vorliegenden englischen Meldungen hat General Petljura Kiew eingenommen.

Die deutschen Beschwerden gegen Polen.

Die Feststellungen vor der Verbandskommission.

Drahtmeldung.

Breslau, 25. August.

Der Pressedienst des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien teilt mit:

Zu Breslauer Landeshause fand am Montag mittag eine informatorische Besprechung der zum Reichs- und Staatskommissar Hörsing entsandten Entente-Militärkommission mit den Vorständen der schlesischen provinziellen Behörden statt, zu der Vertreter der oberschlesischen Behörden und der Industrie sowie die Führer sämtlicher oberschlesischen Gewerkschaften geladen waren.

Oberpräsident Philipp begrüßte die unter Führung des englischen Oberstleutnants Tidburn stehende Kommission; er sprach die Hoffnung aus, daß ihre Informationsreise durch das Aufstandsgebiet dazu führen werde, die Entente von der Haltlosigkeit der von polnischer Seite gegen die deutsche Regierung und das deutsche Militär erhobenen Anschuldigungen zu überzeugen und die wahren Triebkräfte der bedauerlichen Vorgänge in Oberschlesien feststellen. Er bedauerte, daß trotz seiner Aufforderung an Korfanty ihm die Aerzten polnischer Vertrauensleute zur Teilnahme an dieser Sitzung nicht angegeben werden seien.

Zunächst entwarf der Reichs- und Staatskommissar in längerer Rede ein Bild von den politischen Verhältnissen in Oberschlesien und ihrer Entwicklung seit den ersten Monaten des laufenden Jahres. Er wies an der Hand amtlichen Materials den inneren Zusammenhang der sportarkistischen und nationalpolnischen Bewegung nach, schilderte das Zusammenarbeiten beider Organisationen und ihr Bestreben, die oberschlesische Arbeiterschaft durch maßlose Verhetzung ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen.

Generalstabschef Major Hesterberg erörterte die militärische Lage und belonte die Mitwirkung regulärer polnischer Truppen an der Aufstandsbewegung. Der Kommissar der Militärpolizei Hornig stellte Material zur Verfügung, aus dem die geheime Arbeit der großpolnischen Propaganda und die umfassende Vorbereitung des Aufstandes durch die Polen klar hervorgeht. Die Ausführungen der behördlichen Stellen wurden durch alle weiteren Redner der oberschlesischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft im einzelnen vollinhaltlich bestätigt.

Oberstleutnant Tidburn dankte namens der Kommission für die Informationen, erbat sich weiteres Material und sicherte völlig objektive Prüfung des deutschen Standpunktes und des deutschen Materials zu.

Die Abordnung begibt sich am Dienstag früh zunächst nach Gleiwitz.

Der Ursprung des Aufruhrs.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Do. Gleiwitz, 25. August.

Von maßgebender Stelle erhielt ich heute Auskünfte über die Entstehung der oberschlesischen Unruhen, die uns bemerkenswerter sind, als darüber bisher viel Phantastisches berichtet wurde.

Der großpolnische Gedanke ist in Oberschlesien erst vom Januar d. J. ab angesäht worden. Die Agitation entstand in dem Lande selbst mit dem Einverständnis Warschaus. Daß die polnische Regierung an den Polonisierungsversuchen in Oberschlesien beteiligt war, geht aus zahlreichen Dokumenten hervor. Auch heute wird, abgesehen von allen anderen unzweifelhaften Zeichen, die Herkunft der Hintermänner dadurch bewiesen, daß die Gefangenen, die in polnische Hände gefallen sind, und die Personen aus den umstrittenen Grenzgebieten, die bei den Polen für deutschfreundlich gelten, nach Krakau gebracht werden. Als am 7. Juni der Rosenberger Putsch in Szene gesetzt wurde, war auf polnischer Seite — und offensichtlich ohne Mitwisse der Spartakisten — alles zu einem großen Staatsstreich vorbereitet. Das im Mai gegründete Komitee Polski Organizacja Wojenna, dessen Hauptsitz sich heute nach in Schwarzwasser auf mährischem Boden, einige Kilometer von der oberschlesischen Grenze, befindet, hat die gesamte Organisation in der Hand. Es sind Belege dafür vorhanden, daß Waffenankäufe im großen stattfanden. Für Maschinengewehre wurden 500 ℳ, für Gewehre 80 ℳ bezahlt. Diese Waffen wurden zuerst vergraben. Hand in Hand mit diesen Rüstungen ging eine außerordentliche Bearbeitung von Haus zu Haus durch Flugblätter, Anschläge und, was der Bewegung eine eigene Note gibt, durch die Geistlichkeit. Gelegentlich der Wahlen zwang man Leute von einer Beteiligung Abstand zu nehmen. Man sammelte außerordentlich rührig Gelder zu politischen Agitationszwecken. Die polnischen Militär- und Zivilkommandanten für die Einzelabschnitte waren bereits genau bestimmt. Ihre Namen und eine Anzahl die polnischen Amtsstellen schwer belastender Schriftstücke und Befehle befinden sich in den Archiven der deutschen Militärbehörden. Man gewährte mir Einblick in einige Dokumente, in denen Einfalls- und Ueberfallspläne festgelegt, Ort und Stunde und Täter bestimmt waren, und konnte mir die zweisprachig abgefaßten, roten Anschläge vorlesen, die im ganzen Gebiet planmäßig zur Verteilung gelangt waren und welche die Verführung der polnischen Republikanhielten. Polnische Flaggen mit dem weißen Adler auf rotem Grunde waren in großer Zahl verschickt und Paketsendungen mit polnischen Adlern als kenntlichen Kennzeichnung der neuen polnischen Dienststellen massenhaft zur Versendung gelangt.

Der Wachsamkeit der deutschen Behörden und nicht zuletzt der Tätigkeit des Reichs- und Staatskommissars Hörsing, die allgemein Anerkennung findet, gelang es, dem Putsch vorzubeugen. Von besonderer Wichtigkeit ist die amtliche Erklärung, daß die Spartakisten und Unabhängigen mit den polnischen Führern nicht Hand in Hand arbeiteten. Die Polen hatten in ihren Ansichtsen gegen die Spartakisten bereits Stellung genommen, und jetzteres dieser Elemente besteht keinerlei Neigung, die sirengere polnische Herrschaft mit der deutschen zu vertauschen. Wohl aber waren Spartakisten und Unabhängige eifrig am Werke, um eine Streiks zu inszenieren, die als Lohnstreiks vorgespiegelt waren, aber selbstverständlich politisch ausarteten. Hierdurch arbeiteten sie ungewollt den Polen in die Hand.

Mithin kommen die Unruhen an der Grenze lediglich auf das Konto der Polen, die Grubenstreiks jedoch auf das der Kommunisten.

Notwendigkeiten.

Die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen.

Von

Carl Gollnick.

Die Unruhen in Oberschlesien haben eine Fülle gegenseitiger Beschuldigungen in der deutschen wie in der polnischen Presse hervorgerufen, wobei die polnische Presse in ihrer ganzen Kampfesart und durch ihre Gesäßfeindlichkeit entsprechenden Gruppen der deutschen Presse um ein ganz bedeutendes Stück voraus ist. Auf beiden Seiten ist jedoch die Presse keineswegs ein Spiegelbild der Regierungsmeinungen, und wenn der polnische Minister Dr. Wroblewski zu dem Mitarbeiter eines Berliner Blattes sagte: „Ich habe den Eindruck, daß nicht nur auf unserer, sondern auch auf deutscher Seite der Wunsch besteht, die oberschlesische Frage auf gütliche Weise zu lösen", so entspricht das den Tatsachen trotz der Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen. Es ist verfehlt, die polnische Regierung ohne weiteres störender und gegenwirkender Einrichte in Oberschlesien zu beschuldigen. Der Urheberin der Unreien ist nicht in der polnischen Regierung, sondern in den chauvinistischen polnischen Parteien zu suchen, die der Regierungspolitik vielleicht unbequem sind. Durch den Friedensvertrag haben trotz des Widerspruches der polnischen Presse die Polen mehr erreicht, als sie ursprünglich erhoffen konnten. Die polnische Regierung hat augenblicklich keinen Grund, neuen Unfreiden anzuzetteln und sich möglicherweise dadurch die Stimmung in diesem oder jenem Ententestaat zu verderben. Sie hat feststellen müssen, daß es nicht ratsam ist, den Bogen zu überspannen.

Das Hauptziel der polnischen Regierung ist, mit den Westmächten in eine gute und dauernde Verbindung zu gelangen. Demnach kommt sie nicht an der Tatsache vorbei, daß Polen Deutschland benachbart ist und daß beide Staaten eine lange Grenze gemeinsam haben. Polen wird ein landwirtschaftliches Ausfuhrland sein, zumal bei steigender Erzeugungsfähigkeit der polnischen Landwirtschaft. Dagegen wird es seinen Bedarf an Industrieprodukten nicht aus eigenen Mitteln decken können. Das gilt vor allem für die chemische, die Veredelungs- und die Metallindustrie. Schon hat die deutsche Einfuhr nach Polen mit der Oeffnung deutsch-polnischer Grenzstationen eingesetzt, und es zeigt sich, daß die Verhältnisse stärker sind als die politischen Ideen der polnischen Nationaldemokratie. Selbst ein so scharf deutschfeindliches Blatt wie der „Kurjer Warszawski" muß zugeben, daß für Polen zurzeit nur die Einfuhr aus Deutschland in Frage kommt. Das Blatt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das befreundete Frankreich selbst stark einfuhrbedürftig und deshalb kaum in der Lage sei, Waren nach Polen auszuführen. Außerdem aber seien die Entente-Valuten für Polen zu teuer, daß die Einfuhr sehr unwirtschaftlich werde. Bedauernd stellt das Blatt fest, daß auch die deutsche Mark in den letzten Wochen in Polen sehr teuer geworden ist, und daß nach Mitteilungen, sie zur einen erträglichen Stand zurückzuführen.

Aber auch andere Anzeichen gibt es, daß die wirtschaftliche Einsicht den führenden Politikern das Gesetz des Handelns vorzuschreiben hat. Nach dem „Nachrichtendienst für Deutsche Auslandsinteressen" vom 23. August soll das polnische Unterstaatssekretariat in Posen an verschiedene deutsche Vereinigungen mit dem Ersuchen herangetreten sein, Ingenieuren und Technikern auf der Zahl der deutschen Abwanderungsschwierigen die Niederlassung in Polen zu empfehlen. Tatsache ist, daß die Industrie zur ihrem Wiederaufbau eine große Anzahl technisch geschulten Personals benötigt, und daß Kräfte am Werke sind, durch die Gewinnung der Mitwirke deutscher Technike in Polen eine wirtschaftliche Annäherung zwischen beiden Ländern vorzubereiten.

Aber nicht wirtschaftliche Bedürfnisse allein verweisen die polnische Regierung auf Deutschland. Auch sind die Grenzen Polens nach allen Seiten hin flüssig. Am wenigsten ist das nach Deutschland hin der Fall, nachdem von uns bereits der Versailler Frieden ratifiziert worden ist. Die polnische Regierung ist sich wohl darüber klar, daß sie um die Erledigung der Grenzfonflikte im ganzen Osten nach schwer zu ringen haben wird, eine Vorbedingung, um erfolgreich an das Werk der inneren staatlichen Festigung herantreten zu können. Polen sieht erst am Anfang seiner sozialen Kämpfe; die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens und die Fundierung der Staatsfinanzen werden seine Kräfte stark in Anspruch nehmen. Es hat also ein Interesse daran, nicht durch gesuchte, an sich leicht zu vermeidende Konflikte seine innere Lage noch mehr zu verwirren. Wenn Polen ursprünglich gehofft hat, durch eine französisch-polnisch-tschechische Einkreisungspolitik Deutschland völlig auszuschalten, so hat es sich herausgestellt, daß der Durchführung eines solchen Planes in diesem ganzen Dreieck bedeutende Schwierigkeiten und sogar Widerstände entgegenstehen.

Nun werden nationale Sympathien und Antipathien in dem Verhältnis zwischen Staaten immer eine Rolle spielen. Sie dürfen aber niemals richtungsgebend sein, zumal nicht bei der Lage, in welcher wir uns noch dem verlorenen Kriege befinden. Soll der Wiederaufbau Deutschlands gelingen, so gehört dazu, daß wir das Verhältnis zu unserem östlichen Nachbar auf die wirtschaftlichen

Interessengründen, die uns miteinander verknüpfen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß Polen für uns das Durchfuhrland nach Rußland und nach der Ukraine ist, wo Deutschland immer starke wirtschaftliche Interessen haben wird.

Gegen allen fruchtlosen Chauvinismus gilt es nach dem Osten hin den Blick für die politischen Notwendigkeiten klar zu erhalten. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß die 600 000 Deutschen in Kongreßpolen und die Millionen von Deutschen, die durch den Friedensvertrag in den Grenzen des neuen Polens zu leben gezwungen sein werden, in erster Linie unter deutsch-polnischen Konflikten zu leiden haben würden. Diesen Deutschen in Polen gilt unsere Sorge nicht zuletzt, und die deutsch-polnischen Verhandlungen sollten und sollen dazu dienen, unseren Stammesbrüdern das harte Los soweit wie möglich erträglich zu gestalten. Jede chauvinistische Hetze von deutscher Seite schafft aber nicht nur für den Augenblick, sondern viel mehr noch für die Zukunft unabsehbaren Schaden.

Es ist gewiß nicht schwer, von Gehässigkeiten strotzende Artikel der polnischen Presse herauszugreifen und daraufloszuwettern. Das aber bringt uns nicht weiter und gibt polnischen Hetzern nur neue Gelegenheiten, sich anspinnende wirtschaftliche Fäden zwischen beiden Ländern zu vermirren oder zu zerreißen. Man spreche nicht von einem würdelosen Kochlaufen Deutschlands hinter den Polen; dem soll gewiß nicht das Wort geredet werden. Nur dürfen wir nicht immer wieder vergessen, daß wir den Krieg tatsächlich und unabänderlich verloren haben und daß die Nichtschur unseres politischen Handelns nicht der Zorn, sondern die Notwendigkeit, Deutschland wieder aufzubauen, sein muß. Die polnische Regierung aber wird, wenn sie bereit ist, sich politischen Notwendigkeiten zu fügen, gut daran tun, bei sich die Zügel kürzer zu fassen und die Unverantwortlichen zu größerer Zurückhaltung zu veranlassen.

Tschechische Grenzverletzungen.

Do. **Gleiwitz**, 25. August. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Der heutige Bericht über die mittlische Lage stellt folgenden Vorfall fest: Im Bezirk G (Kreis Bentzen und Tarnowitz) wurde die Feldwache Dimitz, südlich von Neudeck von polnischen Banden überfallen und aufgerieben. Ein Offizier mit dem Rest der Leute wurde gefangen genommen. Die deutschen Verluste betragen einen Toten und zwei Verwundete. Gegenmaßnahmen wurden sofort getroffen. Die Gesamtverluste des heutigen Tages betragen auf deutscher Seite 14 Tote. An einer Stelle gelang es den Polen, 4 Kilometer in preußisches Gebiet hineinzukommen. Nachmittags unternahmen tschechische Truppenkörper in der Gegend von Zackmantel und Zirgenhals Übergriffe auf deutsches Gebiet.

Zur Streiklage wird gemeldet: Der Streik hat im allgemeinen nachgelassen. Von den Grubenarbeitern sind durchschnittlich 60 bis 70% zur Arbeit erschienen. In den Bezirken der dritten Marinebrigade, die das Abstimmungsgebiet besetzt hält, wird eine volle Arbeitsaufnahme angesagt. In Breslau hat sich die schwierige Kohlenlage infolge neuer Transporte gebessert. Die Straßenbahn konnte deshalb wieder fahren. Auch sonstige Erleichterungen sind durch die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Kohlengruben zu erwarten.

Ein Staatsstreich des Großfürsten Nikolai?

tc. **Lugano**, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach englischen Berichten des „Corriere della Sera" ist es nicht ausgeschlossen, daß der in einigen Tagen in London erwartete Nikolai Nikolajewitsch in Rußland einen ähnlichen Staatsstreich unternehmen wird wie Erzherzog Joseph in Ungarn.

Versailles, 25. August. Der sozialistische Abgeordnete Ernest Lafont wird den Minister des Äußern in der Kammer über die Blockade Rußlands interpellieren, das nach seiner Ansicht unhaltbar wie ein neutraler Staat behandelt werden müsse.

Die Teilung Thrazjens.

S. **Haag**, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den „New York Times" ist man in der thrazischen Frage zu einer Einigung gekommen, die einen vollen Sieg des amerikanischen Delegierten Poll bedeutet. Ein Teil Thraziens wird internationalisiert; Griechenland erhält Ostthrazien und ein Stück von Westthrazien. Die amerikanische Delegation lehnte es ab, einen Vertrag zu unterschreiben, durch den Griechenlands Anspruch auf ganz Thrazien befriedigt worden wäre.

Der französische Anklagefeldzug, wie „Petit Parisien" berichtet, hat der französische Ministerrat gegen Ernest Judet, den ehemaligen Direktor des „Soleil", wegen Beziehungen zum Feinde die Untersuchung eingeleitet lassen.

Lloyd Georges Wirtschaftsplan.

Eigene Drahtmeldung.

S. **Haag**, 25. August.

Nach seiner großen Rede im englischen Unterhaus hat Lloyd George es für notwendig gehalten, eine Klarstellung dazu zu veröffentlichen. Wahrscheinlich hat die heftige Kritik, die seine Rede gefunden hat, ihn zu diesen Ergänzungen in einigen Punkten veranlaßt, die er überhaupt nicht oder nur unvollkommen behandelt hatte.

In einem einleitenden Schreiben weist der Minister darauf hin, daß einzelne Punkte, über die große Meinungsverschiedenheiten bestehen, eine Angahl anderer wichtiger Angelegenheiten in den Hintergrund zu drängen drohen und darum hält er es für notwendig, noch einmal seine und die Pläne der Regierung auseinanderzusetzen. Aus der Überschrift geht hervor, daß er die in seiner Rede vergessenen Punkte jetzt schriftlich nachholt. So beabsichtigt die Regierung, dem Handelsamt eine Abteilung für Normalisierung (Departement of Standard) hinzuzufügen. Das Bureau hat die Aufgabe, in der britischen Industrie den Gedanken der Normalisierung zu verbreiten und zu fördern. Ferner plant die Regierung, von der Kammer die Ermächtigung zur Untersuchung der Frage zu fordern, welche Maßnahmen nötig sind und ergriffen werden können, um die Allgemeinheit vor den wirtschaftlichen Folgen der Trustbildung und der Betriebskombinationen zu schützen. Im Herbst sollen die notwendigen Gesetzesvorlagen eingebracht werden. Weiter will die Regierung Schritte tun, um bessere Auskünfte über Produktion, Handel, Preisstand, Gewinne usw. zu erhalten.

Außerdem wird klargestellt, was die Regierung unter den in Lloyd Georges Rede erwähnten Schriften zur Förderung der Arbeiterwohlfahrt versteht. Es handelt sich danach um Maßnahmen, die der Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dienen sollen, zwecks gemeinsamer Feststellung der Arbeitsbedingungen und Entwicklung des Vorschlags, der die Betriebsräte betrifft. Ferner will die Regierung den Arbeitern finanzielle Anreize an dem Gewinn der Industrie geben, in der sie beschäftigt sind, und schließlich noch die Arbeitslosenfrage einer alle Teile befriedigenden Lösung entgegenführen.

Die Warnung der englischen Gewerkschaften.

London, 25. August. (Reuter.) Der Vierteljahresbericht des allgemeinen Verbandes der Gewerkschaften enthält eine Warnung des Leitungsausschusses, dahingehend, daß der Zeitraum vom November dieses Jahres bis zum Mai des nächsten Schicksalsschwer, vielleicht verhängnisvoll sein werde, wenn man nicht zur Einsicht komme, und wenn die Ersetzung nicht vermehrt werde. Streiks, die hätten vermieden werden können, seien vorzeitig verlündet und die Fonds des Verbandes nutzlos vergeudet worden. Einige dieser Streiks seien politischen Ursprungs und nicht gegen die Kapitalisten, sondern gegen das Gemeinwesen gerichtet gewesen.

Die wirtschaftliche Organisation der Sinnfeiner.

S. **Haag**, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verwaltung der Sinnfeinerorganisation hat am 21. August im Mansionhouse in Dublin eine Versammlung abgehalten und einen ausführlichen Bericht über die Ziele der Organisation herausgegeben. Es wird darin zugelassen, daß die Proklamation der Sinnfeiner in Tipperary und Clare nicht den gewünschten Erfolg hatte, aber nötig erklärt, da im Winter die Lebensmittelversorgung sehr im argen liegen wird, daß die verschiedenen Bezirke die notwendigen Vorräte aufspüren, damit die Bevölkerung über die schlechte Zeit hinwegkommt. Ferner wird ausgeführt, daß die irische republikanische Anleihe in Amerika und die Sendung des Präsidenten de Valera einen vollen Erfolg bedeuten. Infolgedessen sei de Valera ermächtigt worden, anstatt der ursprünglichen Anleihe von 1½ Millionen eine solche in der Höhe von 25 Millionen Dollar aufzunehmen. Es sei bestimmt zur Entwicklung der Industrie, zur Errichtung eines diplomatischen und konsularischen Korps und zur Gründung einer eigenen Bank, sowie zum Ankauf von erachtlegendem Gelände.

Die Streikbewegung im Ausland.

V. **Kopenhagen**, 25. August (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Malmö berichtet wird, beschlossen die Typographen mit einer starken Mehrheit den Vergleichsvorschlag des Schiedsausschusses anzunehmen. Damit ist nach achtwöchiger Dauer der Streik der schwedischen Typographen abgeschlossen. Er endete für sie mit einer Niederlage und einer Einbuße von 1½ Millionen Kronen.

R. **Basel**, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Einem Hauptbericht aus Marseille zufolge beschlossen die in der Arbeiterbörse versammelten Deck-, Lade-, Kohlen- und Packarbeiter den Generalstreik.

Amsterdam, 25. August. Hoover, der im Begriff ist, nach Amerika zurückzukehren, erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times", daß infolge der bevorstehenden Ernte die Lebensmittellage in Europa für einige Monate weniger ernst sei. Die Frage der Versorgung Europas mit Lebensmitteln, Steinkohlen und anderen Lebensbedürfnissen könne jedoch nur dadurch gelöst werden, daß wieder wie vor dem Krieg gearbeitet werde. Mehr Arbeit und mehr Erzeugung, das ist die große Frage der kommenden Jahre.

Die Aufwiegler des Westens.

Eigene Drahtmeldung.

-l. **Frankfurt a. M.**, 25. August.

Immer lauter und offener sprechen die Kreise um Dorten — französische Zivilisten und Offiziere, deutsche Unabhängige, Arbeitskäse und Zentrumsleute vom Schlage der „Rheinischen Volkszeitung" — von einem neuen Putsch, der in allernächster Zeit zugleich in der Pfalz, in Rheinhessen und Nassau durchgeführt werden soll. Noch lauter freilich erheben sich demgegenüber die Stimmen der deutschgesinnten großen Menge der Bevölkerung, die sich einschlossen ist, jedem Putschversuch mit allen Mitteln entgegenzutreten und dadurch endgültig mit den Ruhestörern abzurechnen.

Zu welchen verwerflichen und armseligen Kniffen übrigens die Dortenleute ihre Zuflucht nehmen, um die Volksmeinung zu beeinflussen, zeigt die Tatsache, daß der gestrigen Nummer eines Frankfurter Blattes, das neue Dortensche Flugblatt beigelegt war; sicherlich ist das nicht nur in einem Falle geschehen.

Die französische Willkür in der Pfalz.

Mannheim, 25. August. Nach der „Landeszeitung" ereignete sich in Speyer ein neuer Akt französischer Willkür. Der zur Sicherung des dortigen Regierungsgebäudes bestellte Kriminalbeamte Mang wurde auf die französische Kommandantur befohlen, aber nach belanglosen Fragen entlassen. Auf dem Heimwege wurde Mang von einem französischen Unteroffizier tätlich beleidigt, der ihn dann seinerseits auf der Wache der tätlichen Beleidigung beschuldigte um eine Verhaftung zu konstruieren. Darauhin wurde Mang, der vorher nach seine Vorgesetzten von dem wahren Sachverhalt verständigen konnte, von den Franzosen ins Gefängnis geworfen.

Das Nachspiel zum Fall Cavell.

S. **Haag**, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der heute beginnenden Pariser Verhandlung gegen Georges Gaston Outen, der beschuldigt wird, Deutschland als Spion gedient und Miß Cavell verraten zu haben, befindet sich unter den Zeugen auch der amerikanische Gesandte in Brüssel. Der Verteidiger beabsichtigt, den Aufschub des Prozesses und Verweisung an ein internationales Gericht zu beantragen, vor dem auch der Kaiser und General von Bissing als Zeugen zu erscheinen hätten.

Der Sitz des Völkerbundes noch unbestimmt.

R. **Basel**, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Vertreter der Agence Centrale ist in der Lage aus authentischer Quelle zu berichten, daß die Meldungen über die Verlegung des Völkerbundssitzes nach Brüssel höchstwahrscheinlich unrichtig und in jedem Falle verfrüht seien.

Der Schweizerische Bundesrat hat beschlossen, von der Veröffentlichung der beiden Gutachten der Landesverteidigungskommission in der Völkerbundsfrage abzusehen. Bekanntlich hat das eine Gutachten in dem Bestritt der Schweiz zur Liga der Nationen eine Gefahr für das Land gesehen, während das andere der entgegengesetzten Meinung ist.

Das verbotene Wagner-Konzert. Einer Genfer Meldung der „Frankf. Ztg." zufolge hat der Pariser Polizeipräfekt ein Konzert im Luxembourgsgarten, auf dessen Programm Werke von Wagner standen, verboten, weil feindselige Kundgebungen angekündigt worden waren.

Die Insel Pap für die „Lusitania". Nach „Chicago Tribune" verlangt Amerika hauptsächlich als Entschädigung für die Versenkung der „Lusitania" die kleine Insel Pap, die zu den Karolineninseln gehört, um dort eine Marinestation und besonders eine Funkenstation zu errichten.

Eine Republik Anatolien?

Wie dem „Temps" aus Konstantinopel von seinem Sonderberichterstatter mitgeteilt wird, hat Mustafa Kemal Pascha der türkischen Regierung mitgeteilt, er werde die unabhängige anatolische Republik ausrufen, wenn die Regierung Truppen entsende. Daraufhin habe der Ministerrat beschlossen, die geplanten Truppentransporte nicht vornehmen zu lassen. Sie habe aber den ehemaligen Präsidenten des Senats Ahmed Riza Bei und den ehemaligen Kriegsminister im Kabinett Kiamil Paschas verhaftet. Mustafa Kemal werde unterstützt von dem ehemaligen Marineminister Reuf Bei, einem sehr intelligenten und nationalistischen Mann. Die türkischen Bewegungen in Ost- und Westanatolien hätten, obwohl sie zusammenarbeiteten, verschiedene Zwecke. Die Bewegung im Osten walte die Errichtung eines armenischen Staates in den türkischen Provinzen verhindern, die Bewegung in Westanatolien die Ausdehnung der griechischen Besetzung in Kleinasien unterbinden und womöglich die Griechen aus Smyrna verjagen. Das gehe mit Deutlichkeit aus einer Verkündigung Reuf Beis hervor, die er in dem Augenblick erlassen habe, in dem er sich mit Mustafa Kemal Pascha geeinigt hätte. Die türkische Regierung habe den Marschall Abdullah Pascha nach Trapezunt entsendet, um mit den Aufständischen zu verhandeln. Eine weitere Abordnung werde nach Erzerum abgehen.

* * *

Amsterdam, 25. August. Laut „Telegraaf" melden die „Times" aus Konstantinopel, daß der amerikanische Untersuchungsausschuß seinen Bericht über Syrien fertiggestellt und die Rückreise nach Paris angetreten habe. Die jungtürkische Partei scheine, was Armenien anbelange, nicht zu Zugeständnissen bereit zu sein, und befürchte, daß ein Mandat über die Türkei praktisch auf eine Annexion durch die betreffende Macht hinauslaufe.

Die „Times" melden ferner, daß bei der Frucht Nuri Paschas zu Batum seine Befreier die beiden britischen Wachtmeistersöhne, die ihn auf einem Spaziergang begleiteten, erwordet haben.

Frankreichs Bemühungen um Syrien.

S. **Haag**, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) In Paris ist eine syrische Abordnung eingetroffen, die durch den Obersten Rat empfangen werden soll. Sie will den Rat ersuchen, Frankreich das Mandat über Syrien zu geben. Wahrscheinlich handelt es sich um eine von Frankreich bestellte Kundgebung.

U. **Amsterdam**, 25. August. (Telunion.) Aus Paris wird dem „Handelsblad" gemeldet: Um die französischen Interessen in Kleinasien besser wahren zu können, hat die französische Regierung Tleb Mohammed zum außerordentlichen Gesandten beim König von Hedschas, den Emir Feichal, ernannt.

Die letzten Aufgaben der provisorischen Kammer.

Eigene Drahtmeldung.

A. **Zürich**, 25. August.

Den Lyoner Blättern zufolge sind die französischen Kammerwahlen endgültig auf den 26. Oktober angesetzt worden. Die alte Kammer wird sofort nach ihrem morgigen Zusammentritt ihr Arbeitsprogramm aufstellen, das man in wenigen Wochen erledigen will, damit der Wahlfeldzug Mitte September eröffnet werden kann. Die Ratifikation des Friedensvertrags wird dem scheidenden Parlament zum letzten Male Gelegenheit geben, zu dem Kabinett Clemenceau Stellung zu nehmen. Der Ministerpräsident dürfte vermutlich morgen die Kammer selbst ersuchen, ihre Auffassung über die Politik der Regierung durch einen Beschluß zum Ausdruck zu bringen. Wenn auch von rechts und links die Gegnerschaft gegen das Kabinett nicht gering ist, so wird zweifellos Clemenceau neuerdings das Vertrauen der Volksvertretung ausgesprochen und den Friedensvertrag ohne ernstliche Schwierigkeiten ratifiziert erhalten.

Die Kämpfe in Amerika um den Friedensvertrag und das Militärbündnis mit Frankreich lenken im Augenblick die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit Frankreichs ab. Der „Temps" stellt fest, daß durch die Abänderung des Senatsbeschlusses in der Schantungfrage eine große Bresche in den Ring der Ratifikationen geschlagen sei, und befürchtet, daß der Friedensvertrag vom amerikanischen Senat nicht die volle Zweidrittelmehrheit erhalten werde. Das Blatt glaubt, diese Lage könnte diese Rückwirkungen auf den Garantievertrag mit Frankreich ausüben, und wünscht dessen Abänderung in der Weise, daß der Vertrag zu seiner Gültigkeit nicht erst dem Urteil des Völkerbundsrats unterworfen werde.

* * *

Ein Schneesturm in Südfrankreich entgleist. Sonnabendnacht entgleiste auf der Station Artix (Dep. Basses-Pyrénées) der Schnellzug Pau—Bordeaux. Die Blätter berichten von 7 bis 10 Toten und etwa 20 Verwundeten.

Hans von Bülows Briefe.

Von

Dr. Georg Schünemann.

Zu einer umfassenden Biographie Hans von Bülows ist es noch nicht gekommen. Von all den Musikschriftstellern, die sich immer wieder mit Wagner und Liszt beschäftigen, hat noch keiner den Mut gefunden, den größten Apostel der neudeutschen Musik auch nur in seinen Hauptzügen zu würdigen und der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung einzuordnen. Dabei ist die Aufgabe lockend genug. Von Bülow laufen die Fäden zu Wagner und Liszt, zu den Schumannianern und Johannes Brahms. Sein Wirken fängt die gesamte musikalische Entwicklung auf, es führt zur Begründung der modernen Kunst musikalischen Nachschaffens und zur Festigung des deutschen Konzertlebens. Wie in einem Brennspunkt laufen die Strahlen von den verschiedenen Seiten zusammen, und wer heute ein klares Bild von der Epoche der Neudeutschen geben will, wird an Hans von Bülow den einzigen Führer finden, der eine objektive Darstellung ermöglicht. Ich kann mir denken, daß eine Bülow-Biographie nicht allein den künstlich erzeugten Nebel des Neu-Bayreuther Wagnertums zerstreuen, sondern daß sie auch zu einer neuen Anschauung vom Wesen und Wirken der Neudeutschen führen könnte, wenn die ganz Bemühung von unbefangener Seite nach umfassenden Quellen angestellt wäre.

Bis zu dieser hoffentlich nicht mehr fernen Arbeit müssen Bülows eigene Briefe die fehlende Lebensbeschreibung ersetzen. Sie liegen bereits in einer Gesamtausgabe von acht Bänden vor, werden aber jetzt in einer Auswahl von Marie von Bülow als „Volksausgabe" bei Breitkopf u. Härtel einem großen Leserkreis zugänglich gemacht. Die Briefe sind so zusammengebracht, daß sie eine kleine Selbstbiographie vorstellen mit allem Subjektiven, Zufälligen und Nein-Gefühlsmäßigen, wie es Augenblick und Stimmung eingeben. Bülow ist durch und durch Temperamentsmensch. Gedanken und Bilder überjagen sich, Witzspiele und geistvolle Einfälle durchbrechen und zerreißen seinen Briefstil, und Aphorismen wie humoristische Wendungen stellen sich ungezwungen von selbst ein. Er ist unter den Musikern einer der unterhaltendsten Briefschreiber, ein unruhiger aber geistreicher Kopf, ein findiger Prächer von gefügelten Worten, ein Stürmer und Dränger selbst noch in späten Jahren, wo er jene Erinnerung an die schweren Schicksalsschläge seines Lebens durch rastloses Kämpfen und Weiterstreben zu betäuben sucht.

Bis zu den Münchener Jahren hin gleicht sein Leben einem einzigen Ringen und Kämpfen um die Ideale Liszts und Wagners. In leidenschaftlichen Worten tritt er für Richard Wagner ein: „Es wurde mir klar", schreibt er seiner Schwester, „daß ich ein Geistesjünger dieses Mannes sein könnte, sein Schüler, sein Apostel zu werden vermöchte, und mit einem solchen Streben, einem solchen Ziele schien mir das Leben lebenswert. Für ihn empfand ich wahrhaften Enthusiasmus wie sonst für nichts; das musikalische Talent — hatte mich fähig gemacht, ihn zu lieben und zu verehren." Und unter dem „Banner" Wagners kommt er zu Liszt in die eigentliche Schule der Virtuosität. Die Politik, die ihm schon früh arg zugesetzt hatte, ist endgültig aufgegeben. „Ich bin der alte, rote Republikaner", bekennt er im Jahre 1852, „aber ich glaube, die Homöopathie ist keine Radikalkur — die Politik wird nicht durch Politik wieder vernichtet. Außer der „Kreuzzeitung" lese ich kein politisches Blatt. Meine mir nötige politische Bildung schöpfe ich aus dem „Kladderadatsch" — und wenn mich jemand trägt, zu welcher Partei ich gehöre, so sage ich: zur Partei des „Kladderadatsch". Es ist auch die einzige die eine Zukunft hat."

Seine Briefe begleiten die ersten Virtuosenreisen und die Berliner Jahre des glücklichen Unterrichtsdens und der so hoffnungsvoll anbrechenden Ehe mit Cosima, der Tochter Liszts. Wie ein Roman liest sich der nur bestimmende Abschnitt seines Lebens: das Kämpfen und Streben um Anerkennung, das aufopfernde Wirken und Arbeiten für Wagner, das Martyrium des Lehrermeisters und die aufgeregte Münchener Zeit, wo sich alle Angriffe die Wagner galten, auf ihn, den treuen Mitstreiter und Wortführer, entluden. Selbst die „Ehrenerklärung" des Königs half nicht aus diesem Hegensabbat von Klatschereien und Familienschnüffelei. „Ich bin furchtbar ausgebrannt, erschlafft", klagt er im Jahre 1866. „Deswegen will ich alle Brücken hinter mir abbrechen, alles unnütze Gerüst fortwerfen, alle die Angahl musikalischer und sozialer Beziehungen abbrechen, die mir das Leben des letzten Jahrzehnts vergiftet, verbittert, vermäßtet; das beste Mittel hierzu ist Exparriterung d. h. zugleich Ausscheiden aus dem zivilisierten Musikgebiet."

Die Situation war unhaltbar geworden. Cosima trennte sich von ihm, um Richard Wagner anzugehören. „Seit drei Jahren", schreibt er, „leide ich unter einer entsetzlichen Situation; ich habe mir nur den Vorwurf eines Übermaßes der erdenklichen Pietät, Aufsicht, Gerechtigkeit, ja Großmut vorzuwerfen. Durch mich ist kein Aergernis herbeigeführt worden. Seitdem jedoch — bin ich nicht bloß für mich selber gezwungen, reine Wirtschaft zu machen. Es gibt noch ein anderes Mittel — das wäre steinalte man gar, um mich elegant auszudrücken — habe oft daran gedacht, dann aber nie den physischen Mut ausreichend." Der Brief spiegelt in kleinem Ausschnitt die tiefe seelische Zerrüttung, die Bülow erfaßt hatte. Und nach stärker und schärfer klingt sie aus seinem Exil, seinen italienischen Wanderjahren heraus. In seinem ganzen späteren Leben hat er die Treulosigkeit von Frau und Freund durch Selbstüberwindung und neue Ziele zu betäuben versucht, aber den Bruch nie vergessen können. Ich erwähne das, um auch an dieser Stelle nachdrücklich die offizielle Darstellung eines Glasenapp zurückzuweisen, der die ganze Angelegenheit so darstellen will, als habe Bülow ein freiwilliges Opfer gebracht. Glasenapp spricht sogar von der „Gemeinheit, die sich nicht scheute, die teuflische Tat der Treue mit ihrem unreinen Atem zu bestecken". Das ist alles nichts weiter als Liebeseinerei und Irreführung. Wer nur ein wenig in Bülows Briefen liest, wer sein Leben auch nur in großen Zügen überblickt, sieht ohne jeden Kommentar, wie von dieser Zeit ein Riß durch Bülows Schaffen und Wirken geht, wie er, dem Zusammenbruch nahe, sich nur durch Ueberanstrengung, Selbstausbeutung und rastloses Arbeiten aufrecht hält.

Diese zweite Periode seines Lebens führt mit dem italienischen Exil und unsteten Reisen und Konzerten ein. Man durchlebt mit ihm an Jahre bitterlichen Kämpfens, aber auch die ruhmvolle Zeit des Sammelns und Weihnungen Kapellmeisters, dessen Kunstfahrten überall eine neue Epoche der Orchesterleitung heraufführen. In Brahms sucht und findet der stets Begeisterungsfähige ein neues Ideal, für das er eintritt, bis ihm der Tod den Dirigentenstab aus der Hand nimmt.

Aus den Briefe schließen sich Fragen über Fragen. Marie von Bülow, Bülows spezielle Gattin, die dieses vorzüglich redigierten Band herausgegeben hat greift die wichtigsten auf. Sie verteidigt Bülow gegen Glasenapp, aber auch gegen die Brahmines, die, wie Max Kalbeck in seiner großen Brahmsbiographie, selbst auf Bülows zweites Apostelthum etwas mitleidig herabsehen, wie wenn Bülow „von unerläßlichem persönlichen Ehrgeiz gespannt", ein Zeit lang Virtuosen habe. Wichtiger als diese Eitelkeiten verstimmender Lebbiographen ist die Frage nach dem Verdeiet der Briefe Bülows an Wagner. 1900 sollen sie noch vorhanden gewesen sein, später heißt es in einem Vorwort zu Wagners Briefen „von unerläßlicher Hand": die meisten Briefe seien auf Bülows eigenen Wunsch „von den Händen, denen er sie anvertraut hatte", nicht verdorben. Man sieht: die Wunden und Zeichen beginnen, sobald man sich dem neuen Bayreuth nähert. Wäre es nicht verwinnlich, wenn die berühmte „preußische Hand" ihre Annymität lüftete? Und könnten nicht auch die Wagner-Archive oder die allgemeinen Durcharbeitung geöffnet werden? Sicherlich ist nicht geziehelt, bleibt die Wagner-Schriftstellerei und alles, was damit zusammenhängt, auf offizielle, nicht nachprüfbare Veröffentlichungen angewiesen. Und wer sich einmal in alle diese Darstellungen vertieft, ist froh, wenn er dem eingeengten streng bewachten Gebiet wieder entfliehen kann. Eine geschichtliche Darstellung, frei von allen Verdächtigen und Hinsichtnehmen, wird vielleicht erst in späterer Zeit möglich werden. Bis dahin haben wir zu glauben, was die Herausgeber von Briefen und Dokumenten uns vorlegen, oder aber wir bilden uns aus dem gesamten Material unsere eigene Meinung. Die Briefe Bülows bilden da eine der wichtigsten und zuverlässigsten Quellen zur Kritik.

Dr. Emil Hildebrand, einer der bedeutendsten schwedischen Gelehrten und Geschichtsforscher und früherer Reichsarchivar, ist in Stockholm im Alter von 70 Jahren gestorben.

Morgenlied.

Von

Will Vesper.

Seele, sieh, die Nacht zerrinnt
vor den äußerlichen Sinnen.
Die du lang vor Kummer blind,
nun erleuchte du dich innen;
denn der zarte Morgenschein
dringt in deine Kammer ein.

Höre wie der Vogel singt,
Blicke nach den leichten Sternen.
Botschaft, die das Tierlein bringt,
Darfst du fröhlich von ihm lernen:
Nun die finstre Nacht vorbei,
stehe auf und sing dich frei!

Heb die Hände! heb das Haupt!
Lauche in das Weltgewimmel!
Der im Finstern du gezaubt,
deine Sonne steht am Himmel,
Geh und wirke in der Zeit
an dem Kleid der Ewigkeit!

Mit englischen Augen.

In Köln erscheint jetzt die „Cologne Post", eine englische Tageszeitung für das Besatzungsheer; sie ist nicht besser und nicht schlechter, als unsere „Alliierten Kriegszeitung" und der „Belgische Kurier" usw. Eine Eigentümlichkeit jeder Nummer ist das „Echo aus dem Rheinland", in dem kleine Beobachtungen des täglichen Lebens im besetzten Gebiet Platz finden, wobei die deutsche Bevölkerung Gegenstand eingehenden Studiums und einer häufig ironischen Kritik ist, die aber durchaus nicht bösartig klingt. Im Gegenteil — es läßt sich manches dabei lernen!

Da fällt z. B. Tommy auf, daß selbst bei großer Hitze auf der Eisenbahn und der Elektrischen die Fenster geschlossen gehalten werden, und ebenso in den Theatern, Kinos und Restaurants. Er fragt sich, wie diese „Luftblockade" sich vereinigen läßt mit der nicht nur im Rheinland bekannten Sitte, am Vorabend des Beginns zum Fenster hinausspringen. — Ein anderes fragt, wo die Straßenbahnen besser sind, in England oder in Deutschland. — Ein dritter freut sich, daß ein Deutscher in einem englischen Konzert im Kölner deutschen Theater die Ehre wenig bekannte, moderne englische Musik sehr, und fällt fest, daß der Deutsche im allgemeinen „schwere Musik" liebt. — Nicht selten sind Klagen über deutsche Gastfreundschaft, die ungeeignet für die fremden Soldaten besonders Preise haben. Mit Genugtuung wird konstatiert, daß bei den in Rheinland stattgefundenen Kirchenprozessionen auch englische Soldaten die Hostie grüßen. — Bezeichnenderweise mutet es uns an, wenn wir lesen, daß in Bonn Mannschaften eines Kavallerieregiments einen Klub mit dem Motto: „Wende deine Seit aus!" gegründet haben; man möchte denken, wenn man in dem englischen Blatt von den vielen Ausflügen liest, die den Kameraden angewiesen werden, daß diese Zeit reichlich vorhanden ist. F.C.W.

Die Entschädigung der Offiziere.

Von

Amtsrichter **Bolz**-Rottenburg a. Neckar,
Mitglied der Nationalversammlung.

Der Friedensvertrag zwingt uns unser Heer abzubauen und von den noch vorhandenen ungefähr 34 000 Offizieren 30 000 zu entlassen. Für diese 30 000 mit einem Schlag aus ihrem Lebensberuf herausgeworfenen Menschen zu sorgen, ist eine moralische Pflicht des Deutschen Reiches. Das Reich hat diese Pflicht anerkannt und in dem Offiziersentschädigungsgesetz in wohlwollender Weise seiner Pflicht genügt. Während der Beratung des Gesetzes ist durch eine tendenziöse Pressekampagne Unruhe in die Reihen der Offiziere hineingetragen worden. Statt dankbarer Anerkennung hielt man auf Gefühle bitterer Enttäuschung. Die Durchführung des Gesetzes wird den verabschiedeten Offizieren zeigen, daß sie nicht unverfragt auf die Straße gesetzt werden, daß das deutsche Volk trotz seiner Not in dankbarer Anerkennung der Leistungen der Offiziere im Krieg und in der Revolution seiner Ehrenpflicht nachkommt.

Welche Rechte stehen den zu verabschiedenden Offizieren zu? Zunächst sei bemerkt, daß das Offiziersentschädigungsgesetz alle Rechte aus früheren Gesetzen unberührt läßt. Insbesondere bleibt das Offiziersversorgungsgesetz vom 1906 unverändert bestehen. Es verhält sich also nicht so, daß die demnächst zu entlassenden 30 000 Offiziere ausschließlich nach dem Offiziersentschädigungsgesetz abgefunden werden. Wer nach den Bestimmungen des Offiziersversorgungsgesetzes einen Anspruch auf Pension erworben hat, behält diesen Anspruch und kann wahlweise seine Entlassung nach dem Versorgungsgesetz oder nach dem Entschädigungsgesetz verlangen, je nachdem die eine oder andere Berechnung sich für ihn günstiger stellt. Da die Höhung nach dem Pensionsgesetz im allgemeinen günstiger ist, wird jeder Offizier, der glaubt, einen Pensionsanspruch zu haben, in erster Linie diesen geltend machen. Ein Pensionsanspruch steht zu: 1) allen Offizieren mit 10jähriger Dienstzeit, die zur Ausübung ihres Dienstes aus irgendwelchen Gründe nicht mehr fähig sind. 2) allen Offizieren mit weniger als 10 Dienstjahren, sofern sie infolge Dienstbeschädigung dienstunauglich geworden sind. Nach 4½ Kriegsjahren werden die Voraussetzungen des Pensionsanspruches bei einer großen Zahl von Offizieren, auch solchen mit weniger als 10 Dienstjahren, vorliegen. Ihre Ansprüche sollen uneingeschränkt anerkannt werden. Wie hoch die Zahl der pensionsberechtigten Offiziere sich beläuft ist zurzeit nicht feststellbar. Ihre Zahl geht von den 30 000 ab, für welche an sich das Entschädigungsgesetz gemacht worden ist. Nach dem Entschädigungsgesetz werden also nur die Offiziere abgefunden, welche keinen Pensionsanspruch haben, die trotz des Krieges noch weiß dienstfähig sind.

Welche Rechte hat der nach dem Entschädigungsgesetz zu verabschiedende Offizier? Es ist zu unterscheiden zwischen Offizieren mit 10 vollen Dienstjahren und Offizieren mit weniger als 10 Dienstjahren.

Der Offizieren mit 10 vollen Dienstjahren stehen folgende Rechte zu: Sie erhalten eine Pension, berechnet nach den Grundzügen des Offizierpensionsgesetzes mit der einzigen Sonderbestimmung, daß eine Doppelrechnung der Kriegszeit nicht stattfindet, und daß den Offizieren mit dem Reifezeugnis zum Besuch einer Hochschule bei Berechnung der Dienstzeit ein Jahr hinzugerechnet wird. Daß die Kriegszeit bei dieser Art von Pensionierung nicht doppelt berechnet wird, wie es nach dem Pensionsgesetz und den danach ergangenen kaiserlichen Verordnungen der Fall ist, hat seinen guten Grund darin, daß ein Unterschied zwischen der Pension eines dienstunfähigen und eines dienstfähigen wohl begründet ist. Um irrtümlichen Auffassungen entgegenzuwirken, ist es auch angezeigt, darauf hinzuweisen, daß das Entschädigungsgesetz neues Recht schafft, daß die nach dem Friedensvertrag zu entlassenden Offiziere für diesen in keinem Gesetz vorgesehenen Entlassungsfall keinen Rechtsanspruch auf Abfindung hatten, daß vielmehr die Rechtsansprüche in dem Entschädigungsgesetz erst geschaffen werden mußten. Die Offiziere erhalten neben der Pension Übergangszulagen, die mit der Pension zusammen ½ der pensionsberechtigten Dienstbezüge nicht übersteigen dürfen.

Die Übergangsgebührnisse haben den Zweck, dem entlassenen Offizier den Übergang und die Vorbereitung zu einem bürgerlichen Beruf zu erleichtern. Sie werden nur auf Zeit gewährt, und zwar den verheirateten Offizier auf 5 Jahre, dem unverheirateten auf drei Jahre. Dem verheirateten Offizier sind gleichgestellt ledige Offiziere, die nächsten Verwandten gegenüber eine Erhaltungspflicht erfüllen und mit ihnen zusammen einen gemeinsamen Haushalt führen. Heiratet ein Offizier in der Übergangszeit, so bezieht er die Übergangszulagen ebenfalls für 5 Jahre. Die Bezahlung der Übergangszulagen erfolgt beim unverheirateten Offizier für die ersten zwei Jahre, beim verheirateten für die ersten 3 Jahre vom Amts wegen. Die Bezahlung der Übergangszulagen für das 3. Jahr bzw. beim verheirateten Offizier für das 4. und 5. Jahr erfolgt nur auf Antrag und wird von dem Nachweis abhängig gemacht, daß das Gesamteinkommen des Gebührnisstellers das pensionsberechtigte Diensteinkommen unter Hinzurechnung des sog. „Kommißeinkommens" von 2600 ℳ nicht übersteigt. Dieser „Bedürftigkeitsnachweis" dürfte in einfacher Weise durch Vorlage des Einkommensteuernachweises zu führen sein.

Offiziere mit weniger als 10 Dienstjahren erhalten keine Pension, jedoch werden je nach der Zahl ihrer Dienstjahre mit ein- bis dreifachen Jahresbezügen abgefunden. Es erhalten Offiziere mit weniger als 5 Dienstjahren, sofern sie in der Absicht, die Offizierslaufbahn zu ergreifen, vor dem Kriege in das Heer eingetreten sind, einmal ihre Jahresbezüge, Offiziere mit einer Dienstzeit von 5 bis 8 Jahren zweimal, Offiziere mit einer Dienstzeit von 8 bis 10 Jahren dreimal. Offiziere, die erst während des Krieges in das Heer eingetreten sind, sogenannte Kriegsleutnants, erhalten nichts. Kriegsleutnants, die nach dem 1. April 1919 freiwillig ihren Dienst beenden, sollen bei ihrer etwaigen Entlassung in anderer Weise durch Mittel, die im Reichsetat zur Verfügung gestellt werden, abgefunden werden. Die den nicht pensionsberechtigten Offizieren zustehenden Bezüge können gleich den Übergangszulagen in einer Summe im voraus bezahlt werden, wenn die Vorauszahlung im Interesse des Berechtigten liegt.

Die den nach dem Entschädigungsgesetz verabschiedeten Offizieren zu gewährenden Pensionen samt Kriegszulagen, Übergangs- und Teuerungszulagen erreichen eine Höhe, die erheblich über die gemeinhin in der Presse genannten Zahlen hinausgeht. Es ist ausgeschlossen, daß ein Offizier infolge seiner Verabschiedung in eine Notlage gerät. Auch die den jüngeren Offizieren zustehenden Gebührnisse sind so bemessen, daß die materielle Unterlage für den Übergang in einen neuen Beruf gaben wird. Ein besonderer Härteparagraph soll überdies für Notfälle die Möglichkeit zu weitergehenden Beihilfen gewähren.

Den sogenannten Kriegsleutnants, die nur ihre Pflicht wie jeder Deutsche erfüllt haben, die keine Zeit für Berufsbildung verloren haben, die zu einem erheblichen Prozentsatz beabsichtigen, nach dem Krieg ihren Abschied zu nehmen, eine Abfindung zu gewähren, erschien in Berücksichtigung der Millionen, die länger und unter wirtschaftlich schwierigeren Bedingungen dienen mußten, unbillig. Dem Wunsche der Nationalversammlung entsprechend soll beim Reichsfinanzministerium eine Fürsorgestelle für die infolge Abbau des Heeres zur Entlassung Kommenden eingerichtet werden. Zweck der Fürsorgestelle soll sein, den Entlassenen durch Beratung, durch Vorbereitungskurse, durch Beschäftigung bei Behörden den Übergang in Beamtenstellen zu erleichtern. Die Einrichtung dieser Stelle beim Finanzministerium erschien deshalb zweckmäßig, weil die Neuorganisation der Reichsfinanzverwaltung Tausende neuer Beamter erfordert. Auf dem Gebiete der Finanzverwaltung bietet sich, namentlich jüngeren Offizieren, aussichtsreiche Gelegenheit zu einem neuen Beruf. Die im Interesse der Sparsamkeit gebotene Unterführung von Offizieren in Beamtenstellen wird in den Ländern nur in bescheidenem Maße in Frage kommen, weil überall eine starke Zahl von Beamten vorhanden ist und die aus den abgetretenen Gebieten ausgewiesenen oder geflüchteten Beamten zu versorgen sind. Nennenswertes in der Versorgung von Offizieren ist nur da zu leisten, wo Neuorganisationen in Frage kommen. Das ist der Fall vor allem im Gebiete des Reichsfinanzministeriums, aber auch des Reichsfinanzministeriums, dessen Arbeitsbereich sich infolge verstärkter Übernahme wirtschaftlicher Aufgaben ständig erweitert. Es ist nicht zu zweifeln, daß bei Einrichtung der Stelle durch Zusammenwirken mit der Berufsvertretung der Offiziere, dem Deutschen Offizierbund, segensreiche Arbeit geleistet wird.

Trotzdem in dem Entschädigungsgesetz nicht alle Wünsche der Offiziere erfüllt worden sind, ist zu erwarten, daß die Besonnenheit unserer Offiziere die großen Leistungen des Gesetzes anerkennt und daß die unruhige und unbesonnene Agitation während der Beratung des Gesetzes ihr Ende erreicht hat.

Neuer Landarbeiterstreik in Pommern.

Eigene Drahtmeldung.

w **Stettin**, 25. August.

Nachdem im Kreise Grimmen der Landarbeiterstreik durch Schiedsspruch beigelegt worden war, sind jetzt die Arbeiter auf den Gütern Juchow, Lottin und Tatmen im Kreise Neustettin in den Ausstand getreten. Sie hindern die Bauern, die ihre Hilfe zur Ernte anbieten, unter Drohungen daran und verlangen die Zurückziehung der Neustettiner Jäger, die gleichfalls zur Aushilfe sich angeboten haben.

Wie der „Volksbote" berichtet, hatte die Kreisgruppe Fraubburg des Pommerschen Landbundes den Antrag gestellt, Vorkehrungen zu treffen, falls sich der Streik in der Entzeit wiederholen sollte, und gebeten, die Schutzbeamten anzuweisen, sie möchten auf die größeren Schüler einwirken, daß diese sich zur Entzeit zur Verfügung stellten. Der Unterrichtsminister und der Landwirtschaftsminister haben erklärt, sie seien grundsätzlich nicht damit einverstanden, daß die Schüler höh ver Lehranstalten den Landwirten zur Entzeit zur Verfügung gestellt würden. In besonderen Fällen ist die Genehmigung des Ministers einzuholen.

Reich und Bundesstaaten.

Der Besuch des Reichspräsidenten in Dresden.

S. Dresden, 25. August. (Eigene Drahtmeldung) Reichspräsident Ebert wir demnächst der sächsischen Regierung einen Antrittsbesuch abstatten.

Protest der Bischöfe gegen die Gefangenen-Zurückhaltung.

Die in Fulda versammelten deutschen Bischöfe haben in einem öffentlichen Protest ihre Entrüstung gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen ausgedrückt, die als ein himmelschreiendes Unrecht bezeichnet wird. Weiter heißt es in dem Protestes:

„Unsere deutschen Brüder, die, in einer durch nichts mehr zu rechtfertigenden Gefangenschaft zurückgehalten werden, geben wir die feierliche Versicherung, daß wir, wie bisher, so künftig unablässig bemüht sein werden für ihre schleunige Befreiung. Auch werden wir bis zur Erreichung dieses Zieles nichts unterlassen, durch die von uns eingerichtete „Kirchliche Kriegs- und Gefangenenhilfe in Paderborn" die leiblichen und geistigen Nöten der Gefangenschaft nach Kräften zu lindern. Wir von Trauer und Sorge so grausam gemarterten Angehörigen der beklagenswerten Gefangenen aber mögen überzeugt bleiben, daß von uns jedes nur mögliche Weg beschritten wird, um zu erreichen, daß die fortgesetzte unmenschliche und widerchristliche Handlungsweise der Entente-Regierungen gegen der armen Opfer der Gefangenschaft endlich eingestellt wird."

Die Auseinandersetzung mit ehemaligen Bundesfürsten.

Der frühere Herzog Karl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha und der Fürst von Waldeck haben zur Durchführung ihrer Ansprüche, nachdem diese von den Landtagen nicht anerkannt worden waren den Klageweg beschritten. Die Klage des Fürsten besteht sich auf dessen Abfindung für Domänen, Waldungen und Schlösser, wogegen der frühere Herzog sich gegen die vom Landtag beschlossene Beschlagnahme des gesamten individuellen Besitzes des ehemaligen Herzogshauses wendet. Die Beschlagnahme war zum Beschluß erhoben worden, nachdem der Herzog die ihm angebotene Abfindung von 15 Millionen Mark abgelehnt hatte.

Die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Der Nationalversammlung sind bekanntlich die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vorgelegt worden, die sich in erster Linie auf die Errichtung von Bezirksverbänden und eines Reichskohlenrats beziehen. Wie haben die bereits ausführlich wiedergegeben. Nunmehr ist durch eine Verordnung bestimmt worden, daß diese Ausführungsbestimmungen für den Bergbaubezirk des Saarkohlenbergbaus vorläufig ausgesetzt und der Termin des Inkrafttretens für diesen Bezirk erst durch besondere Bekanntmachung bestimmt werden soll. Der Grund liegt in der Besetzung dieses Bezirks durch die Ententetruppen.

Versetzung von Forstbeamten in den Ruhestand.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Landwirtschaftsminister hat aus Anlaß der beschleunigten Durchführung der Friedensbedingungen, die der Heimkehr heimgekehrten Kriegsgefangenen, eine große Zahl von Forstbeamten aller Dienstgrade aus den abgetretenden Landesteilen auf die verbleibenden Stellen zu übernehmen, sowie angesichts der schwierigen Verhältnisse der forstlichen Betriebsführung und der erhöhten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des einzelnen in den kommenden Jahren angeordnet, allen über 65 Jahre alten Forstbeamten die Beantragung ihrer Versetzung in den Ruhestand zu dem nächstzulässigen Zeitpunkte nahezulegen. Wenn der Minister auch keineswegs die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verkennt, die zurzeit in vereinzelten Fällen einer Zwangspensionierung entgegenstehen, erwartet er doch, daß die hierdurch betroffenen Beamten als gewissenhaften und treuen Diener ihrer vaterländischen Pflicht betrachten, wenn sie unter den jetzigen Verhältnissen einige Jahre früher in den Ruhestand treten, als sie es sonst gewohnt haben würden. Es wird hierdurch auch erreicht werden, den ebnedin wenig günstigen Anstellungs- und Beförderungsaussichten jüngerer Stellenanwärter wenigstens etwas freie Bahn zu schaffen.

Das Ende des Hamburger Bankstreiks.

nn. **Hamburg**, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Hamburger Girobanken haben heute morgen ihre früheres gewohnte Ausleben. Heute werden die Schalten wieder die Angestellten wieder tätig. Sie haben die Arbeit vorläufig vorbehaltlos aufgenommen. Eine nähere Mitteilung wird in der heute abend stattfindenden Betriebsversammlung ergeben.

Richtige Verordnungen eines Arbeiterrats.

nn. **Hamburg**, 25. August. (Eigene Drahtmeldung) Der Senat berichtet als Gesetz, das die Bürgerschaft beschlossen hat, 12 Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates als gegenstandslos zu erklären. Sie betreffen u. a. die Presse, die Lebensmittelversorgung, die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Kriminalpolizei, die Ausübung der politischen Gewalt durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

Das Urteil in der Boltroper Affäre.

Essen, 23. August. In dem seit dem 17. Juli d. J. vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelten Prozeß wegen schweren Landfriedensbruches, in welchem es sich um die Boltroper Affäre vom 19. Februar, die Beschießung des soeben Amtshauses und den Kampf gegen die Boltroper Polizeimannschaften, Gendarmerie und Sicherheitswehr handelt und in dem 21 Personen, Mitglieder ehemaliger Sicherheits- bzw. Volkswehren aus Düsseldorf, Hamborn und Sterkrade angeklagt waren, wurde heute abend gegen 11 Uhr das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt: Ein Angeklagter zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, einer zu zwei Jahren Zuchthaus, einer zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, einer zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, drei Angeklagte zu je drei Jahren sechs Monaten Gefängnis, fünf Angeklagte zu je zwei Jahren Gefängnis, ein Angeklagter zu einem Jahr drei Monate Gefängnis, fünf Angeklagte zu je einem Jahre Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Sozialisierungsbedenken des Herrn Haase.

Der Führer der Unabhängigen, Abgeordneter Haase, hat in Königsberg in einer Frauenversammlung der unabhängigen Partei sich über die Zukunft des Sozialismus ausgesprochen. Es war klar, daß er keine Mehr darauf zuspitzte, für die ein sofortiges Hervorbrechen des Sozialismus zu machen. Aber selbst Herrn Haase scheinen bei dem Gedanken, mit dieser Herrschaft die Sozialisierung bis zum letzten durchzuführen, erhebliche Bedenken aufzustoßen zu sein. Nach Königsberger Blättern gestand Herr Haase zu, daß die allgemeine Sozialisierung doch nicht ganz so einfach sei, wie man es sich anfangs gedacht hätte, und daß sie nicht auf einmal durchgeführt werden könnte. In der Übergangszeit brauche man unbedingt Ingenieure, Techniker, kaufmännische Leiter usw. für die Großbetriebe, wenn sie nicht zusammenbrechen sollen. Auch die Banken und der Handel ließen sich nicht so schnell sozialisieren. Alles müsse seine Zeit haben. Die Möglichkeit der sofortigen Sozialisierung liege zwar vor, sei aber nicht praktisch.

Herr Haase hat mit diesem Gedanken genau das ausgesprochen, was von der Regierung seit der ganzen Propaganda der Unabhängigen für die sofortige Sozialisierung stets als Gegengrund gegen die Forderung in dieser Frage angeführt wurde. Er hat gerade das, was in der unabhängigen Presse und in Propagandareden unabhängiger Parlamentarier gefordert wurde, mit seinem Zugeständnis auf das Gründlichste widerlegt. Man kann sich dieses Geständnisses des Herrn Haase treuen in der Erwartung, daß er nunmehr auch in seiner eigenen Partei kraftvoll die in Königsberg ausgesprochenen Bedenken vertreten und so der „Propaganda", die die unabhängige Partei für die sofortige Sozialisierung treibt, ein Ende machen wird.

K.

Die „Generalstreiker".

Arbeiterräte, Funktionäre und Betriebsräte der U. S. P. und S. P. D. traten am Montag abend im Lehrer-Vereinshause zusammen, um zu der Aufhebung des unabhängigen Vollzugsrates durch das Oberkommando Noske Stellung zu nehmen.

In der Versammlung sollten die Funktionäre und Betriebsräte der einzelnen Werke über die Stimmung in den Arbeiterkreisen berichten, damit auf Grund dieser Stimmung ein Beschluß gefaßt werden könne, welche Abwehrmaßnahmen gegen das Vorgehen des Oberkommando Noske ergriffen werden sollen. R. Müller teilte mit, daß die Arbeiter der A. E. G. Hennigsdorf bereits in den Streik getreten seien. Schleuderbeck (S. P. D.) von der A. E. G. Hennigsdorf erklärte: Unter den jetzigen Umständen würden die Kollegen in Hennigsdorf keinen Hammerschlag mehr tun. Es müsse unbedingt in den Generalstreik eingetreten werden. Die Arbeiter seien der Meinung, daß die revolutionäre Hennigsdorfer Arbeiterschaft den führenden Genossen unbequem sei. R. Müller war der Meinung, daß das Vorgehen gegen den Berliner Vollzugsrat keine Aktion im Reiche auslösen würde. Der Streik würde also lediglich auf Berlin beschränkt bleiben. Ein Generalstreik, für den nicht genügend vorgearbeitet sei, würde der Arbeiterschaft lediglich eine schwere Niederlage bringen. Spiegelberg (S. P. D.) verurteilte das Vorgehen der Hennigsdorfer Arbeiterschaft und war der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn der Regierung ein Ultimatum gestellt worden wäre. Wenn eine Aktion stattfände, müsse sie für andere allen Umständen einheitlich sein. Berger (U. S. P.): Die Bewegung gehe nicht mit, denn Berlin habe sich nicht gerührt, als im Ruhrgebiet gekämpft worden sei. Noske wolle durch diese Provokation den auf Hochverrat stehenden Berliner Dampf fessel zu frühzeitig zu Explosion bringen, um die revolutionäre Berliner Arbeiterschaft niederträchtlich zu schlagen. Die Arbeiter dürften auf einen plumpen Schwindel nicht mehr hineinfallen, sondern sie müßten selbst darüber bestimmen, wann sie kämpfen wollten. Er lehnte einen Proteststreik und nicht einen Generalstreik bei dem nur alle Kräfte aufgeraten und der Reaktion in die Hände gearbeitet würde.

Vollmershaus, der zweite Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, teilte den Beschluß des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission mit. Das Vorgehen der Regierung rechte sich nicht nur gegen den Berliner Vollzugsrat, sondern auch gegen die Gewerkschaften. „Am Dienstagnachmittag würde die Berliner Gewerkschaftskommission die zu ergreifenden Maßnahmen beraten. Sie würde versuchen, bereits am Dienstagvormittag mit der Regierung Fühlung zu nehmen. Albrecht (U. S. P.) erklärt, es müsse sofort gelegt werden, daß sich einem Generalstreik, um diesen voll zu Auswirkung zu bringen, in erster Linie Bäcker, Kutscher, Straßenbahner usw. beteiligten, damit die Indifferenten mitgerissen würden. Koch (U. S. P.) teilte mit, daß er von der Arbeiterschaft der Werftstätten Borsig beauftragt sei, mitzuteilen, daß die Arbeiter jetzt nicht in einen Streik eintreten könnten. Stimmen von der Hochbahn-Gesellschaft gab bekannt, daß die Arbeiter der Untergrundbahn schwerlich für einen Streik zu gewinnen seien. Heine forderte trotzdem im Namen der K. P. D. auf, in den Generalstreik zu treten.

In der weiteren Aussprache erklärte ein Vertreter der Berliner Elektrizitätswerke, daß die Arbeiter zurzeit für keinen Generalstreik zu haben seien. Erst müßten die Bitterfelder Kollegen instruiert werden, denn würde der Strom für ganz Mittel-deutschland lahmgelegt werden. Ein Vertreter der Buchdrucker betonte, daß die Berliner Buchdrucker nur durch die Mitwirkung von Gas, Kraft und Wasser aus den Betrieben gebracht werden könnten.

Der Antrag der Kommunisten, geschlossen in den Streik zu treten, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag des Vollzugsrats, in einem Proteststreik einzutreten. Ein Antrag, der ein Ultimatum an die Regierung forderte, fand das gleiche Schicksal. Dagegen fand eine Entschließung Annahme, in der erklärt wird, daß die Berliner Arbeiterschaft die Maßregeln der Regierung erkennt habe und zur gegebenen Zeit mit allen wirtschaftlichen Mitteln dagegen Stellung nehmen würde. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß die U. S. P.-Vertreter aus den Parlamenten auszuziehen haben.

Aus Groß Berlin.

Die Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.

In den nächsten Tagen erscheint der Aufruf des Berliner Magistrats an die Inhaber größerer Wohnungen, die in der Lage sind, einen Raum oder mehrere Räume an Wohnungslose zur Verfügung zu stellen. Sollten auf den Aufruf hin sich nicht genügend Wohnungsinhaber melden, so ist mit Zwangsmaßnahmen zu rechnen. Das Wohnungsamt der Stadt Berlin ist seit Wochen bemüht, möglichst viele Wohnungslose Familien, die kein festes Obdach haben, zu machen. In den letzten 14 Tagen wurden 200 freigewordene Wohnungen angemeldet, während nicht weniger als 2000 verlangt wurden. Vor allen Dingen war die zuständige Behörde bemüht, die zahllosen Kriegsgesellschaften zu veranlassen, sofort ihre Räumlichkeiten frei zu machen. Das Wohnungsamt steht auf dem Standpunkt, daß man die Kriegsgesellschaften, wenn sie einmal noch notwendig sind, verlegen könne. Es seien genügend Baracken vorhanden, in welchen die Beamten und Angestellten der Gesellschaften sehr wohl untergebringen sind. Schätzungsweise haben die Kriegsgesellschaften in Berlin nicht weniger als 60 Wohnhäuser inne. Man will nun daran gehen, in einzelnen Häusern vorhandene Wohnungslichkeiten nach Kräften auszunutzen. Warme und trockene Bodenräume usw. sollen mit Notwohnungen verliehen werden, um Unterkünfte zu schaffen. Sollte es zu einer Zwangseinquartierung kommen, will man den Wohnungsinhabern nach Möglichkeit entgegenkommen. Es werden besondere Listen für Vermieter und Einmieter angelegt, um, soweit dies sich durchführen läßt, allzuschroffe kulturelle und finanzielle Unterschiede zu vermeiden. Ein sehr heikler Punkt bei der Zwangseinquartierung ist natürlich die Schadenersatzfrage, wenn etwa der Einmieter sich grobe Verstöße zuschulden kommen läßt. Der Magistrat will sich hier in der Hauptsache auf das Einquartierungsgesetz stützen, doch sind die Beratungen über diesen Punkt noch nicht abgeschlossen.

* * *

Wohnungsfuchsbe haben sich in letzter Zeit wiederholt unmittelbar vorher durch schriftlich an den Stadtkommissar für das Wohnungswesen gerwandt und um den Nachweis leerer Wohnungen gebeten. Der Stadtkommissar unterhält aber keinerlei Wohnungsnachweis und ist nicht in der Lage, solchen Gesuchen zu entsprechen.

Milchverteilung. Vom 27. August ab werden bis auf weiteres auf die „A I und A II"-Karten je 1 L, auf „B I und B II"-Karten je ¼ L, auf die „C I und C II"-Karten je ¼ L Vollmilch verabfolgt.

Das Verfahren gegen den Neukölner Magistrat wegen Verstoßes gegen die Reichsgetreideverordnung, Kettenhandel und Unterschlagung der Höchstpreise ist eingeleitet und Stadtkämmerer Dettmann mit der Untersuchung des Falles beauftragt worden. Die Behauptung, daß einzelne Beamte beim Verkauf der Waren private Vorteile gehabt oder sich Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen hätten zuschulden kommen lassen, hat sich als unrichtig erwiesen. Ebenso sind die Bücher des Lebensmittelamts in Ordnung befunden worden. Das eingeleitete Verfahren richtet sich nicht gegen einzelne Beamte, sondern lediglich gegen den Magistrat. Dagegen hat der Neuköllner Arbeiterrat keines Vorsitzenden Lemm, der die Anklage gegen den Magistrat erhoben hat, genommen, hier Amt niederzulegen. Es ist festgestellt worden, daß lemm, der die Beamten und andere Dienstungen tätlichkeiten, ein lediglich verdächtiger Menschen ist, der infolge eines 4jährigen Zuchthaus-Urteils entlassen mußte. In den Kreisen der Neuköllner Arbeiterschaft herrscht jetzt die Ansicht, daß es besser gewesen wäre, den Vorschlag des Magistrats auf Einsetzung einer unparteiischen Untersuchungskommission anzunehmen.

Ueber Millionenschiebungen im Spandauer Traindepot berichtet eine Korrespondenz: Die Berliner Kriminalpolizei hat bereits vor einiger Zeit festgestellt, daß ein in der Moabitstraße wohnender Offizieller großer Mengen von Pferdegeschirren, Sätteln, Zaumzeug, Lederdecken usw. aus Lager beiseite bringen, ohne daß es irgendwelche Nachweise konnte. Man beobachtete, daß ein Kraftfahrzeug gegen 4 Uhr morgens vor dem Hause größere Mengen von Geschirren und Sattelzeug abhob. Die Kriminalbeamten verhafteten den Fahrer, den Kraftfahrer und zwei auf dem Wagen befindliche Arbeiter. Es wurde festgestellt, daß das Auto dem Traindepot Spandau zugestellt war. Die Spandauer Kriminalpolizei benachrichtigte man das Trainbepot und stellte fest, daß fast Nacht für Nacht Lastwagen und Pferdefuhrwerke mit Heereszeug nach Berlin gingen, wo sie bei Altsachsen und Schrebern abgeladen wurden, und daß große Kisten mit Material durch das Bataillonskommando des Traindepots in Spandau nach Magdeburg gingen. Bei einer Bäckerrevision sah man, daß zahlreiche Lederzeuge, die bei den Akten lagen, gefälscht waren. Man verhaftete die Arbeiterinnen Herzog und Tante, die Schirrmeister Salomon und Bredow und den früheren Feldwebel Hagedorn, Herzog hat die Unterschrift des Führers des Trainbepots, Rittmeisters v. P., auf zahlreichen Anfragen gefälscht. Die Lederzeugbelege lauteten auf Namen von Truppenteilen der Reichswehr, die jedoch niemals in ihr Besitz der Waren gelangt sind. Herzog verkehrte mit Hilfe Hagedorns, der in Berlin und Magdeburg den Verkehr mit den Hehlern unterhielt, erheblich, gerade: riesenhafte Mengen von Heeresgut. Mitglieder des Arbeiterrats und Arbeiter, welche im Depot angestellt waren, wurden ebenfalls verhaftet. Es ihnen nachgewiesen werden konnte, daß sie an den dunklen Geschäften teilgenommen haben. Welche Summen die Diebe verdient haben, geht daraus hervor, daß einige, die inquisitorischen Geschäfte betrieben, sich in Spandau und Berlin Geschäfte kaufen konnten. Ein Teil der Waren konnte beschlagnahmt werden. Der gesamte Arbeiterrat des Trainbepots wurde seiner seines Postens enthoben.

Nähere Umstände Tod des Oberleutnants von Wildfeld. In der Kaserne des 1. Garderegiments zu Potsdam wurde der Oberleutnant im Reichsfanteriegarten Nr. 6, Otto von Pfuhlstein am Sonntag in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Die Polizei ist noch nicht in der Lage, anzugeben, ob Pfuhlstein, ein Sohn des früheren kaiserlichen Flügeladjutanten, Selbstmord verübt hat oder ob er das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Es deuten jedoch viele Umstände darauf hin, daß ein Mord vorliegt. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß der Tote vierzehn Tage vorher gestorben ist. Pfuhlstein ist festgestellt worden, daß morgens gegen 8 Uhr ein junger Mann, der einen Schlapphut und grauen Anzug trug, sich an der Wohnung Pfuhlsteins zu schaffen machte. Mittags zwischen 1 und 2 Uhr erschien wieder ein Mann, der etwa 1,80 m groß war, eine braune Mütze trug und kein Jäckett anhatte. Die beiden Männer waren bekannt der in der Nähe befindlichen Soldaten detailmäßig, man nahm auch nicht, was die Polizeibehörden bei der Tat hätten. Für einen Selbstmord tritt vorläufig jeder Anhalt. Die Polizeibehörden ist bemüht, die beiden Männer, die sich in verdächtiger Weise auf dem Korridor der Kaserne zu schaffen machten, aufzufinden.

Nächtlicher Tod des Obersleutnants von Wildfeld. In der Kaserne des 1. Garderegiments zu Potsdam wurde der Oberleutnant im Reichsfanteriegarten Nr. 6, Otto von Pfuhlstein am Sonntag in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Die Polizei ist noch nicht in der Lage, anzugeben, ob Pfuhlstein, ein Sohn des früheren kaiserlichen Flügeladjutanten, Selbstmord verübt hat oder ob er das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Es deuten jedoch viele Umstände darauf hin, daß ein Mord vorliegt. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß der Tote vierzehn Tage vorher gestorben ist festgestellt worden, daß morgens gegen 8 Uhr ein junger Mann, der einen Schlapphut und grauen Anzug trug, sich an der Wohnung Pfuhlsteins zu schaffen machte. Mittags zwischen 1 und 2 Uhr erschien wieder ein Mann, der etwa 1,80 m groß war, eine braune Mütze trug und kein Jäckett anhatte. Die beiden Männer waren bekannt der in der Nähe befindlichen Soldaten detailmäßig, man nahm auch nicht, was die Polizeibehörden bei der Tat hätten. Für einen Selbstmord tritt vorläufig jeder Anhalt. Die Polizeibehörden ist bemüht, die beiden Männer, die sich in verdächtiger Weise auf dem Korridor der Kaserne zu schaffen machten, aufzufinden.

Neue Wasserbrandstifter sind in letzter Zeit wiederholt in die Gärten eingeschlichen und haben sich an den Gartenhäuschen zu schaffen gemacht. Es gelang, einen der Brandstifter, einen 17jährigen Jungen, in der Dunckerstraße 58, Dommer wohnte dort mit der 26 Jahre alten Arbeiterin Frau Margarethe Zuckel zusammen. Gestern nahmen man Nachbarn einen starken Qualgeruch wahr, der der Wohnung entstieg. Es öffneten gewaltsam die verschlossene Tür und fanden jetzt in dem mit Gas angefüllten Zimmer Frau Zuckel tot vor, während Dommer noch Lebenszeichen von sich gab und sich bald wieder erholte. Die feine Wäsche, die Zuckel verfertigte, soll Dommer, der sich mit Gas vergiften wollte, geschieden ist, wurde die Leiche beschlagnahmt und Dommer unter dem Verdacht des Mordes als Polizeigefangener der Charité überwiesen.

Für 250 000 ℳ Seide erbeuteten Einbrecher in den Schaufenster- und Schaukasten des Geschäftes Sie und Sie der Leipzigerstraße und des Spittelmarktes. Das Geschäft hat auf die Ermittlung der Täter und die Wiederbeschaffung des geschlagenen Gutes eine Belohnung von 10% des Wertes bis zu 30 000 ℳ ausgesetzt.

Für 50 000 ℳ Silberseifen erbeuteten Wohnungseinbrecher in der Nacht zu gestern bei dem Sanitätsrat Dr. Kalischer in der Knesebeckstraße 31. Die Diebe stahlen ein silbernes Teeservice, vier silberne, innen vergoldete Obstschalen, zwei silberne Brotkörbe und ein reichbesätztes Silberbesteck, das zum Teil C. K. gezeichnet ist. Außerdem nahmen sie zwei goldene Uhren und andere Schmucksachen, zwei Opernglaser, eine aus Elfenbein und eine aus Perlmutt, ferner Brot-, Fisch- und Leberwurst und Kleinigkeiten im Gesamtwert von 50 000 ℳ mit. — Für 10 000 ℳ Bettwäsche erbeuteten Einbrecher im Jüdischen Krankenhaus in der Gerzgerstraße. Die Wäsche trägt zum größten Teil den Aufdruck „Krankenhaus der jüdischen Gemeinde", zum Teil die Buchstaben J. K.

Letzte Meldungen.

Kühne polnische Forderungen.

Oppeln, 25. August. Nach einer hier eingetroffenen Meldung aus Krakau fand dort eine große Volksversammlung statt, an der sich zahlreiche Abgeordnete aus Oberschlesien und gefluchtete Aufrührer beteiligt haben. In einer Entschließung wurde die sofortige Angliederung Oberschlesiens an Polen gefordert und die polnische Regierung ersucht, beim Obersten Rat in Paris die Vollmacht zur sofortigen Besetzung Oberschlesiens einzuholen.

Leipzig, 25. August. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm ist der bei der Firma Fokker in Amsterdam erbaute Luftlimousine wohlbehalten in Amsterdam gelandet. Das kleine Flugzeug ist sowohl unter der Bevölkerung wie unter den Besuchern der internationalen Flugzeugausstellung begreiflicherweise Aufsehen erregt.

Trauen (Vogtl.), 25. August. Als die Gendarmerie gestern abend den langgesuchten Mörder Hübner in seiner Wohnung verhaften w

Deutsche und Pariser Modelle.

Vor uns liegen drei Fachzeitschriften der Konfektion, die, nebeneinandergestellt, ein interessantes Streiflicht auf den gegenwärtigen Kampf im Konfektionsgewerbe für und gegen die deutsche Mode werfen. Das Ergebnis ist, dass gewisse Kreise der Konfektion unleidbar sind, einfruchtbarerweise aber die überwältigende Mehrheit mit wirtschaftlicher Einsicht die Notwendigkeit einer Abkehr von Paris erkannt hat und gewillt ist, die selbständige deutsche Mode in jeder Beziehung zu kräftigen und zu unterstützen.

Die „Deutsche Konfektion" schreibt unter der triumphierenden Ueberschrift „Die ersten deutschen Einkäufer in Paris": Eine grössere Anzahl tonangebender deutscher Modehäuser hat von den französischen Behörden die Erlaubnis bekommen, ihre Einkäufer zum 28. August nach Paris zu entsenden. Dieselben dürfen sich drei Tage unbeschränkt in Paris zwecks Modelleinkauf aufhalten. Es ist den deutschen Einkäufern nur die Verpflichtung auferlegt, sich persönlich an- und abzumelden. — Das Blatt entblödet sich nicht, diese Notiz mit den Worten einzuleiten: „Für jeden Einsichtigen stand es auch während des schlimmsten Kriegsausbruchs fest, dass Paris die Weltzentrale, von der die Damenmode ausgeht, bleiben wird."

Dagegen berichtet der „Konfektionär" über den glänzenden Verlauf der Berliner Modewoche: Die Berliner Modewoche hat ihr Ende erreicht, und es darf für den Veranstalter der Deutschen Modenindustrie eine grosse Genugtuung bedeuten, dass das von ihm ins Leben gerufene Unternehmen einen in jeder Hinsicht glänzenden Verlauf genommen hat. Nicht nur äusserlich trat in den Strassen Berlins die Modewoche in die Erscheinung, durch die geschmackvolle Ausgestaltung vieler Schaufenster, durch reges Leben in den Hauptverkehrsstrassen, auch in den Geschäftsräumen der ausstellenden Firmen herrschte während der ganzen Woche lebhafter Betrieb. Die Umsätze sind durchweg als gute bezeichnet, und zwar auf allen Gebieten, sowohl in der Konfektion, in Damenhüten, Putzzubehör und Federn. Die erste Modewoche nach Friedensschluss hat vielmehr ihre Existenzberechtigung erwiesen, und es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, dass, wenn erst die politische Lage sowie die inneren Verhältnisse sich gestärkt, wenn die Verkehrsmöglichkeiten wieder regelmässige Formen angenommen haben werden, dass dann die schon jetzt guten Erfolge der Berliner Modewoche noch grossartiger sein dürften. — Charakteristisch ist, dass die Erfolge der deutschen Modeindustrie auch vom Auslande voll anerkannt werden; so erklärte nach dem gleichen Blatt in einer Versammlung des Verbandes der Deutschen Modenindustrie ein Vertreter der niederländischen Handelskammer, dass die holländische Kaufmannschaft an der Wiederbelebung des deutsch-holländischen Handelsverkehrs grosses Interesse bezeige. Die deutsche Modenindustrie habe, wie er sich überzeugen konnte, nicht an ihren Kräften eingebüsst, sondern sogar bedeutende Fortschritte gemacht, und er beglückwünschte sie zu den Erfolge, den die Berliner Modewoche gezeitigt habe.

Die „Textilwoche" endlich führt in einem Artikel „Zum Saisonbeginn" aus: Das heute erreichbare, bedeutend vielseitigere Material an Stoffen und Ausputzmitteln gab unserer Modeindustrie auch die Möglichkeit, ihre stets bewährte Initiative in der Herstellung von Neuheiten aufs neue zu beweisen. Selbst während der Kriegszeit, da es an fast allen Hilfsmitteln fehlte, konnte sich der Erfindungsreichtum unserer modeschaffenden Geschäftswelt zur Geltung bringen. Ohne markante Anregungen, beschränkt in der Ausführung guter Ideen und oft bereinträchtigt durch allgemeine politische Depression in den Kreisen der Verbraucher, brachte es unsere Modeindustrie doch fertig, zu jeder Saison mit neuen Darbietungen hervorzutreten. Nun stellt sich zum erstenmal nach einer Reihe von Jahren eine neue Jahreszeit ein, für die man mit erheblich reichlicheren Mitteln und mit grösserer Schaffensfreudigkeit arbeiten konnte. Höhere Leistungen mussten unter solchen Voraussetzungen die Folge sein, namentlich auf dem Gebiete der Damenmode konnte man solche erwarten. In dieser Annahme wird niemand sich getäuscht sehen, der die Neuschöpfungen der Berliner Modeindustrie betrachtet. — Unsere Modeindustrie hat sich also bemüht, ihre alte anerkannte Gestaltungskraft aufs neue darzutun, nun ist es an der Abnehmerschaft, zu zeigen, solche mit erheblicher Kopf- und Handarbeit geschaffenen Werke auch voll zu würdigen. Bisher hat sich die Disposition für die kommende Saison nur in ziemlich engen Grenzen bewegt.

Deutsche Volkswirtschaft.

Reichsgetreidestelle und Mühlen. Die Reichsgetreidestelle hat die Lagergebühren für das neue Wirtschaftsjahr mit 8 ℳ für die Tonne festgesetzt. In dieser Verfügung ist die Entschädigung für alle mit der Einlagerung, Auslagerung und Verladung verbundenen Mühen und Kosten, ferner die Kosten für die Versicherung und für die Bearbeitung der Früchte, die Entschädigung für etwaige Gewichtsverluste sowie auch für die Warenmustersteuer enthalten. Die Sackleihgebühr wird für das Wirtschaftsjahr 1919/20 erhöht. Den Getreidelieferern gegenüber ist eine Mängelrüge wegen Feuchtigkeit nur begründet, soweit das vor dem 16. August zur Verladung gebrachte Getreide 19% das von 16. August bis zum 1. Oktober zur Verladung gebrachte Getreide 18% und das vom 1. Oktober 1919 ab verladene Getreide 17½ Feuchtigkeit übersteigt. Um die Mühlen vor Schaden durch Anwendung der erwähnten Ausführungsbestimmungen zu bewahren, hat die Reichsgetreidestelle sich entschlossen, den Mühlen eine Vergütung von 3 ℳ für die Tonne für alles Getreide aus der Ernte 1919 zu zahlen, das vor dem 1. Oktober 1919 verladen ist.

Preissteigerung am Schrotmarkt. Die nach Auflösung der Schrothandelsvereinigungen erfolgte Aufwärtsbewegung der Preise hat, wie uns gemeldet wird, weitere Fortschritte gemacht, so dass die Notierungen 100 bis 200 ℳ pro Tonne höher stehen als zur Zeit des Bestehens der Vereinigungen. Schwerer Gussbruch, der früher von einer Organisation des Roheisenverbandes verkauft wurde, kostet jetzt das Doppelte und wird bis 400 ℳ bezahlt. Die Verhandlungen zwecks Gründung einer deutschen Vereinigung der Schrothandelsfirmen machen Fortschritte und dürften demnächst zum Abschluss kommen.

Erncute Erhöhung der Elbfrachten. Die Elbfrachten sind heute wieder erhöht worden, also innerhalb Wochenfrist viermal. Die heutige Erhöhung beträgt nach der Mittelelbe 1½ ℳ, nach der Oberelbe ¾ ℳ für 1000 kg. Seit Wochenfrist stellen sich die Erhöhungen auf 5 bzw. 8 ℳ.

Zur Umgründung der deutschen Kolonialunternehmen. Nunmehr beruft auch die Pomona Diamanten-Gesellschaft eine ausserordentliche Generalversammlung nach Berlin ein zur Beschlussfassung über die Verlegung des Hauptsitzes der Gesellschaft nach Lüderitzbucht (Südwestafrika) und zur Neuwahl des Aufsichtsrates.

Neue Bankprovisionen. Die Berliner Banken der sogenannten Bedingungsgemeinschaft hatten eine neue Provisionsbemessung und -abstufung für das Kommissionsgeschäft in fest verzinslichen Werten mit Wirkung vom 1. September ab vereinbart, vorbehaltlich des Einverständnisses der auswärtigen Bankvereinigungen. Nunmehr hat, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, die Münchener Bankenvereinigung das von der Berliner Stempelvereinigung und den Berliner Bankiers vorgeschlagene Abkommen über die Neugestaltung der Provisionssätze im Wertpapierhandel abgelehnt, da den Interessen der Provinzbankiers darin nicht genügend Rechnung getragen werde. Es seien Vereinigungen und einzelne Firmen in anderen deutschen grossen Städten ersucht worden, sich dem Vorgehen der Münchener Bankiers anzuschliessen.

Neue Preisverhöhung für Stahlwerksverbandserzeugnisse. Der Stahlwerksverband hat, wie uns gemeldet wird, die Notierungen für Gruben- und Feldbahnschienen um 10 ℳ für die Tonne erhöht.

Ausländische Volkswirtschaft.

Betriebsaufnahme der Zinkgiessereien in Belgien. „Algemeen Handelsblad" teilt mit, dass während des Krieges die australischen Bergwerke ihre Lieferungsverträge mit deutschen Giessereien gelöst haben und die Kontrolle über australische Erze teils in australische, teils in englische Hände übergegangen ist. Jetzt haben die belgischen Zinkgiessereien mit den Londoner Interessenten Verträge abgeschlossen, nach denen sie auf fünf Jahre das Recht über 150 000 t Zink aus Australien mit Vorzugsrecht auf weitere 50 000 t im Jahre erhalten, so dass die belgischen Zinkgiessereien in der Lage sind, ihre Betriebe wieder zu eröffnen.

Die holländische Obsternte. Nach einer Mitteilung des „Vaderland" wurden auf den Versteigerungen von Aepfeln in der Betuwe aussergewöhnlich hohe Preise erzielt. Die Ernte von Aepfelgärten, welche in normalen Zeiten 100 000 fl. erbrachte, ergibt jetzt 27 000 fl. In den Preisen für Frühobst war die Tendenz auf den Auktionen schwach. Mehr wie 90% der versteigerten Früchte sind für den Export bestimmt. Die Vorstände der Versteigerungen müssen die Durchschnittspreise der Regierung telegraphisch mitteilen. Die letzten Versteigerungen waren durch Kontrolleure besucht, so dass man annimmt, die Regierung wolle hier eingreifen.

Grosser Erfolg der dänischen Wiedervereinigungsanleihe. Die Zeichnungen für die Wiedervereinigungsanleihe erreichten, wie uns aus Kopenhagen drahtlich gemeldet wird, bis heute die Höhe von 122½ Millionen Kronen. Die ursprüngliche Anleihe ist damit um 2½ Millionen überschritten. Die Zahlungen werden fortgesetzt.

Der Wiederaufbau der Handelsflotte. Der französische Handelsminister hat für den Wiederaufbau der Handelsflotte einen Gesetzentwurf angekündigt, der dafür 1050 Millionen Frank in Vorschlag bringt. Der Minister hat die Zwecke der künftigen Handelsflotte wie folgt umschrieben: 1) Aufrechterhaltung regelmässigen Verkehrs zwischen dem Mutterlande und allen Kolonien, wenn möglich mit grösserem Schiffsraum als im Jahre 1913. 2) Aller Warenverkehr zwischen dem Mutterlande und den Kolonien muss unter französischer Flotte erfolgen. Werften und Marinewerkstätten müssen darum zu Höchstleistungen veranlasst werden, der Regierung müssen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, die Aufträge schnell und lückenlos getan zu können. Für den dringenden gegenwärtigen Bedarf wird mit der brasilianischen Regierung über den Ankauf der deutschen Handelsflotte verhandelt, die in Brasilien beschlagnahmt wurde und seit dem Vertrag vom 3. Dezember 1917 durch Frankreich gemietet ist. Die Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten zur Ueberlassung von Schiffsraum nehmen ihren Fortgang.

Neue Banken in Warschau. Laut „Wremja" eröffnet die Banka Italiana di Conto eine Zweigniederlassung in Warschau. Die Banque de Paris et des Pays Bas ist im Begriff, gemeinsam mit der Warschauer Kommerzbank eine franko-polnische Bank in Warschau zu gründen.

Die polnisch-norwegischen Handelsbeziehungen. In Warschau ist die Norway Society durch die ersten Geschäftsleute des Landes gegründet worden, um den Warenaustausch zwischen Polen und Norwegen zu fördern. Polen bietet Hanf, Flachs, Zucker, Naphtha und später auch Kohlen an und wünscht dagegen aus Norwegen Fische und Heringe, Kunstdünger und Maschinen. Ferner ist die Eröffnung einer direkten norwegischen Schiffslinie nach Danzig in Aussicht genommen.

Die Sozialisierung in der norwegischen Bergwerksindustrie. Die Grubenarbeitergruppe des Arbeiterverbandes hat an die Regierung das Ersuchen gerichtet, die Frage der Sozialisierung der norwegischen Bergwerke zu behandeln. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bergwerksindustrie vor einer Katastrophe stände. Sobald die Hochkonjunktur vorbei sei, würde ein fast völliger Stillstand eintreten und die Arbeitslosigkeit vor der Türe stehen. Durch die Sozialisierung würde der Ueberproduktion und dem Schaden, den Arbeitseinstellung und Spekulationsbetrieb besonders für die Gemeinden zur Folge hätten, entgegengearbeitet werden. Die Bergwerksindustrie bilde ihrer Gesamtheit als ein wichtiger Faktor für das Nationalvermögen des Landes angesehen werden.

Isländische Ausfuhrzölle. Das isländische Telegrammbureau in Reykjavik teilt mit: Das Althing nahm ein Gesetz über Ausfuhrzölle auf isländischen Produkte an. Der Ausfuhrzoll für Heringe soll 2 Kronen pro Tonne betragen, nach dem 1. April 1920 3 Kronen. Für Tran ist der Zoll auf 60 Oere die Tonne festgesetzt, für gesalzenen Fisch 25 Oere pro Kilo. Für Wolle beträgt die Taxe von 50 Oere bis 1 Krone pro 50 Kilo je nach der Qualität. Für Pferde beträgt der Ausfuhrzoll 5 Kronen. Für Eiderdaunen müssen 10 Kronen pro 50 Kilo bezahlt werden. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Weltwirtschaft.

Wachsende Internationalisierung Danzigs. Die schwedische Industriegesellschaft Jordahl hat, wie uns mitgeteilt wird, das grosse Hotel Reichsrat in Danzig käuflich erworben. Die Gesellschaft hat in Danzig bereits viele Grundstücke, darunter das Hotel Norddeutscher Hof am Zentralbahnhof, gekauft und besitzt in Berlin eine Zweigniederlassung. — Unter dem Namen Polnisch-Amerikanische Schiffahrtslinie bildete sich nach polnischen Blättermeldungen vor 4 Monaten in Amerika eine Gesellschaft, welche schon 3000 Aktionäre, die Aktie zu 50 Dollar, besitzt und sich jetzt mit der Akt.-Ges. Polish American Navigation Corporation vereinigt hat, um mit eigener Handelsflotte eine Schiffahrtslinie Amerika—Polen zu eröffnen.

Aktiengesellschaften.

Die Berlin Spandauer-Terrain-Akt.-Ges. schlägt einer ausserordentlichen Generalversammlung die Begebung von höchstens 336 000 ℳ der Gesellschaft gehörige Aktien an die Aktionäre vor.

Die Holzgrosshandlung Julius Wegener G. m. b. H. in Schulitz hat die sämtlichen holzindustriellen Betriebe der Schwellenfirma W. Roettger, G. m. b. H. zu Berlin-Wilmersdorf, in der Provinz Posen zur Weiterführung erworben.

Devisenkurse.

Köln, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Im freien Verkehr der Kölner Börse wurden notiert:

	25. 8.	28. 8.
Englische Noten	931—93	941—951
Französische Noten	270—268	2 8—268½—270
Belgische Noten	268—266	271—265—268½

Wien, 25. August. Devisenkurse unverändert.

Zürich, 25. August.

	Kurs v. 25. 8.	Vor. Kurs		Kurs v. 25. 8.	Vor. Kurs
Berlin	36½	36½	Brüssel	68½	67½
Wien	10¼	11	Kopenhagen	128½	128½
Prag	20	20	Stockholm	188½	188½
Italien	211¼	211½	Christiania	181½	181½
New York	571	578	Petersburg	28	29
London	2895	2880	Madrid	112	111
Paris	70½5	70½0	Buenos Aires	230	230
Italien	59½	59½			

Amsterdam, 25 August (Eigener Drahtbericht.)

	K. v. 25. 8.	22. 8.		K. v. 25. 8.	22. 8.
Berlin	12,70	12,60	London	12,82	11,82½
Wien	5,50	5,40	Paris	33,30	33,10
Schweiz	47,85	47,70	Christiania	62,30	62,40
Kopenhagen	58,35	58,50	New York	2692½	2694½
Stockholm	65,45	65,75	do. telegr. Auszahl.	2716	2705

Kopenhagen, 23 August.

	K. v. 23. 8.	22. 8.		K. v. 23. 8.	22. 8.
Hamburg	20,85	23,50	London	19,47	19,88
Amsterdam	173,50	175,75	Paris	57,50	56,50
Schweiz	81,75	83,00	Antwerpen	56,50	55,00
New York	468,00	468,00	Helsingfors	10,25	11,00

Die Prager Devisenzentrale soll nach einer Meldung der „Narodny Listy" ab 1. September aufgehoben werden. Die Zuteilung der Devisen soll weiterhin durch die Ein- und Ausfuhrkommission erfolgen.

Dividendenvorschläge.

Gesellschaften	Vorschlag 1918	Gezahlte Dividende 1917	1916	1915	1914
Wilhelmshütte A.-G.	10	11	8	6¾	
Süddeutsche Eisenbahngesellschaft	5½	6½	6½	5½	5½
Messingwerk A.-G., Unna	8	10	6	0	—

Neuerscheinungen.

Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung. Fünfte, neubearbeitete Auflage. Berlin 1919. Verlag von Wilh. Ernst u. Sohn. Preis 1,60 ℳ.

Enthält die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (B.O.) vom 4. November 1904 einschliesslich der ab 1. August 1907, ab 1. Januar 1913 und ab 23. Oktober 1916 gültigen Bestimmungen in übersichtlicher Darstellung.

Bekanntmachungen des Polizei-Präsidiums.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 10/8. 19. K. R. R.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 2. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292), auf Grund des Erlasses des Rats der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1304) und auf Grund des Erlasses der Reichsregierung, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 485) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. Bet. 1945/2. 17. K. R. R., betreffend Beschlagnahme und Bezugsbeschränkung von Dreschern und Erntegeräten zum Dreschen, vom 18. März 1917 tritt außer Kraft.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 4. August 1919 in Kraft.

Berlin, den 4. August 1919.

Der Reichswirtschaftsminister.
Im Auftrage:
Hesler.

Ungültiger Wandergewerbeschein.

Der dem Händler Fritz Henkel, Berlin-Lichterfelde 31, Dorfstraße 38, hierselbst, unter dem 14. Juni 1919 für das laufende Kalenderjahr erteilte Wandergewerbeschein zum Handel mit Obst, Gemüse, Eier, Wild und Geflügel, Bier, Bonbons, Schirmen und Wagen ist angeblich verloren gegangen.

Dieser Schein wird zur Verhütung von Mißbrauch hiedurch für ungültig erklärt.

Beschreibung der Person:

Gestalt: mittel; Alter: 25. 8. 98; Haare: blond; Augen: blau; Besondere Merkmale: am linken Unterarm.

Berlin, den 16. August 1919.

Der Polizeipräsident.
Polizeibezirksamt Friedrichshain.
J. A.:
gez. Frdr. von Heinitz.

Ungültiger Wandergewerbeschein.

Der dem Händler Paul Hoffmann, geb. Hoffmann, Bismarckstraße 12, hierselbst, unter dem 28. Februar 1919 für das laufende Kalenderjahr erteilte Wandergewerbeschein zum Handel mit Schreibwaren und Kurzwaren ist angeblich verloren gegangen.

Dieser Schein wird zur Verhütung von Mißbrauch hiedurch für ungültig erklärt.

Beschreibung der Person:

Gestalt: klein; Alter: 27. 1. 88; Haare: dunkelblond; Augen: braun; Kennzeichen: keine.

Berlin, den 16. August 1919.

Der Polizeipräsident.
Polizeibezirksamt Friedrichshain.
J. A.: Frdr. von Heinitz.

Ungültiger Wandergewerbeschein.

Der dem Händler Anna Cornwold, geb. Hilgel, Dorfstraße 38, hierselbst, unter dem 12. Mai 1919 für das laufende Kalenderjahr erteilte Wandergewerbeschein zum Handel mit Obst, Gemüse, Eiern und Geflügel, Bier, Bonbons, Rauchwaren ist angeblich verloren gegangen.

Dieser Schein wird zur Verhütung von Mißbrauch hiedurch für ungültig erklärt.

Beschreibung der Person:

Gestalt: mittel; Alter: 2. 6. 78; Haare: dunkelblond; Augen: braun; Kennzeichen: keine.

Berlin, den 19. August 1919.

Der Polizeipräsident.
Polizeibezirksamt Friedrichshain.
J. A.: gez. von Heinitz.

Theater für Dienstag, den 26. August 1919.

Friedr. Wilhelmstadt. Th. (7 Uhr): Der heilige Florian.

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: Das höhere Leben. Von Arthur Schnitzler.

Trianon-Theater. 8 Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Vater in Baumwolle. Frl. Kornau.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. Letzte Woche: Opernaufspiel. 7½ Uhr: Der Kuhreigen. Mittwoch, den 27. August, nachm. 3 Uhr, bei kl. Preisen: Die Fledermaus.

Winter-Garten. Täglich 7½ Uhr: Variété-Spielplan. Rauchen gestattet.

Zoolog. Garten. Täglich Gr. Militär-Konzert. Eintritt 1,50 ℳ ab 6 Uhr 75 ℳ. Kinder die Hälfte. Aquarium. 1 ℳ. Kinder die Hälfte.

Reichshallen Theater. Abendlich 7½ Uhr: Steffner Sänger. Meyrel, Müller, Max Stoll u. Reichshallen-Garten u. Saal: „Dönhoff-Brettl". Neues Programm! Anfang 7½, Sonntags 5 Uhr.

Kurfürst 12 Kurfürstendamm 12. Wein-Haus I. R. Sommer-Terrasse! Alte Unterhaltung: Heitere Kunst! Das grosse Programm: Mario Costa, Muschi Vesta, Emil Rühner, Die 2 Lanzigs, Willi Karzig.

ALTE GOBELINS zu kaufen gesucht. Off. unter M. V. 9704 an Rudolf Mosse, München.

Brillanten Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlenschnüre kauft zu hohen Preisen M. Spitz, Berlin, Friedrichstraße 31/32 zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse.

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen Ballschansky, Friedrichstr. 155, Ecke Unter d. Linden, gegenüber d. Viktoria-Café. Fernr. 1080.

Stadt-, In- und Auslandstransporte.

Umzüge Spezialität Möbeltransport. A. Schäfer Berlin-Wilmersdorf Wilhelmsaue 96 Gegründet 1874 Tel. Pfalzburg 2084, 2085.

Stadt-, In- und Auslandstransporte.

W. & A. Frömming, Spedteure. **Umzüge** 188. Berlin-Schöneberg Hauptstraße 96. Fernruf Nollendorf 2942, 2943, 4815.

ORIGINAL DOECKER-BAUTEN Leicht zerlegbar und versetzbar für alle Zwecke der Wohnungsnot, für Industrie, der Verkehrs, überhaupt für jede Bestimmung liefert sofort Christoph & Unmack Aktiengesellschaft Niesky O/L. Älteste und größte Spezialfabrik für Holzbauten.

Juwelen Perlen Margraf & Co. G. m. b. H. Kaiserstr. 9 Tel.: Zentr. 6864.

Ankauf von Juwelen Perlen, Smaragde usw. Margraf & Co. G. m. b. H. Kaiserstr. 9.

Vortreffliche Kapitalsanlage durch stille oder direkte Beteiligung bei angesehener Firma. Günstige Verzinsung erwünscht, da es sich um ein modernes Institut der Bildnerkunst handelt. Einschuß circa 30 Mille. Off. gefl. an die Exp. d. Blattes unter H. R. 4002.

Einmauerschränke Geldschränke Bibliothek-Regale ↓ **PANZER** Aktiengesellsch. BERLIN N., Badstr. 59.

Gold, Silber, Brillanten, ganze Nachlässe kauft Taxator Schoder, Oranienstr. 155-56.

Diebes- u. feuersichere Geldschränke zum Einmauern, einziger wirksamer Schutz gegen Einbruch und Diebstahl sowie kleine Kassetten, sofort lieferbar. Prospekt frei. Kurt Hoffmann, Werder (Havel).

Anleihe des Waldeckischen Domaniums von 1905.

Zum heutigen Verlosungstermine sind folgende Teilschuldverschreibungen der Waldeckischen Domaniums der 4½% Anleihe von 1905 zur Rückzahlung am 2. Januar 1920 gezogen worden:

Buchstabe A zu 2000 M.:

Nr. 60 und 142.

Buchstabe B zu 1000 M.:

Nr. 34, 37, 282, 326, 430, 431, 432, 457, 502 und 514.

Buchstabe C zu 500 M.:

Nr. 77, 185, 212 und 231.

Die Inhaber dieser Teilschuldverschreibungen werden hierdurch aufgefordert, die Kapitalbeträge deren Verzinsung vom 1. Januar 1920 an aufhört, am 2. Januar 1920 bei einer der nachgenannten Zahlstellen, nämlich:

a) der Kammerkasse in Arolsen,
b) der Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Berlin,
c) der Dresdner Bank in Berlin,
d) der Dresdner Bank Filiale Cassel in Cassel,
e) dem Bankhause L. Pfeiffer in Cassel

gegen Rückgabe der Teilschuldverschreibungen nebst den vom 1. Januar 1920 an laufenden Zinsscheinen und den Talons in Empfang zu nehmen.

Rückständig aus früheren Ausloosungen sind die Stücke:

Lit. B Nr. 166 zu 1000 M.
„ C „ 40 „ 500 „

Arolsen, den 8. August 1919.

Domänen-Kammer: Dible.

Auto-Bereifung Vulkanisier-Anstalt. Reparaturen an Auto-, Motor- und Fahrrad-Reifen u. Schläuchen werden schnellst, fachmännisch zu billigst aufgeführt. Gleitschutz-Fabrik „Elite", Friedrichstr. 181 d, Ecke Kurstr. 2664. Einkauf von Decken, Schläuchen höchstzahlend.

Wasser-Reinigung Filterpressen Armaturen Pumpen A. L. G. Dehne Maschinen-Fabrik Halle S.

Gold, Silber, Platina in jeder Form und Menge. Auch Münzen kauft Arlt, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Detektiv Hauschild Polizeiberufsmeister a. D. Beobachtg., Ermittlg. Berlin, Friedrichstr. 185, Tel. 9501.

Die Trauerfeier für das verstorbene Vorstandsmitglied der Grossen Berliner Strassenbahn

Herrn Baurat **Karl Otto**

findet am Donnerstag, den 28. August d. J. 3 Uhr nachmittags auf dem Strassenbahnhof in Berlin-Wilmersdorf (Halensee), Westfälischestrasse 73/75 statt.

Grosse Berliner Strassenbahn
Dr. Wussow. 2684

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Reiner, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Jochim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.